Beglaubigte Abschrift

1 W 31/13
17 O 5/11 Landgericht Saarbrücken

SAARLÄNDISCHES OBERLANDESGERICHT

BESCHLUSS

In dem Spruchverfahren

Antragsgegnerin, Beschwerdeführerin und Anschlussbeschwerdegegnerin,

Prozessbevollmächtigte:

gegen

Weiterer Beteiligter:

Gemeinsamer Vertreter der Antragsberechtigten, die nicht selbst Antragsteller sind:

hat der 1. Zivilsenat des Saarländischen Oberlandesgerichts durch den Vorsitzenden Richter am Oberlandesgericht , die Richterin am Oberlandesgericht und die Richterin am Oberlandesgericht

am 3. April 2023

beschlossen:

I. Die Beschwerde der Antragsgegnerin und die Anschlussbeschwerde des Antragstellers zu 79 (erstinstanzlich 59) gegen den Beschluss der Kammer für Handelssachen III des Landgerichts Saarbrücken vom 15. März 2013 (Az.: 17 O 5/11) werden zurückgewiesen.

II. Die Antragsgegnerin trägt die Gerichtskosten des Beschwerdeverfahrens einschließlich der Vergütung des gemeinsamen Vertreters. Sie hat den Antragstellern, deren Anträge nicht bereits erstinstanzlich zurückgenommen oder durch den unter I. bezeichneten Beschluss als unzulässig abgewiesen wurden, ihre zur zweckentsprechenden

Erledigung der Angelegenheit notwendigen Kosten des Beschwerdeverfahrens zu erstatten.

III. Der Geschäftswert für das Beschwerdeverfahren wird auf 7.500.000,-- € festgesetzt.

Gründe:

A.

Die Antragsteller begehren im vorliegenden Verfahren anlässlich der Verschmelzung der IDS Scheer AG auf die Antragsgegnerin die gerichtliche Bestimmung einer baren Zuzahlung gemäß § 15 Abs. 1 UmwG.

Mit Ad-hoc-Meldung vom 13. Juli 2009 (Bl. 2114 d.A.) gab [redacted] eine 100%ige Tochtergesellschaft der Antragsgegnerin, ihre Entscheidung zur Abgabe eines freiwilligen öffentlichen Übernahmeangebots an die Aktionäre der IDS Scheer AG bekannt. In der Meldung wurde u.a. mitgeteilt, dass die IDS Scheer AG der Antragsgegnerin nach Abschluss eines Memorandum of Understanding am 7. Juli 2009 eine begrenzte Due Diligence-Prüfung ermöglicht hatte, den Aktionären der IDS Scheer AG als Gegenleistung pro Aktie 15 € in bar angeboten werden soll und der Angebotspreis das Aktienkapital der IDS Scheer AG mit 482.385.600 € bewertet. Das von der [redacted] am 17. August 2009 veröffentlichte Übernahmeangebot betrug 15 € je Aktie der IDS Scheer AG. Die Annahmefrist für das Übernahmeangebot lief bis zum 18. September 2009. Die gesetzlich vorgeschriebene weitere Annahmefrist endete am 7. Oktober 2009. Nach Durchführung des Übernahmeangebots und zusätzlichen Erwerben hielt [redacted] am 24. November 2009 insgesamt 29.182.006 Aktien der IDS Scheer AG, was ca. 90,43 % des Grundkapitals und der Stimmrechte entsprach (vgl. gemeinsamer Bericht der Geschäftsführung der [redacted] und des Vorstands der IDS Scheer AG vom 24. November 2009, Anlage GV 1 zum Schriftsatz des gemeinsamen Vertreters vom 3. November 2011).

Am 28. September 2009 informierte [redacted] die IDS Scheer AG darüber, dass sie beabsichtige, zwischen ihr als herrschendem und der IDS Scheer AG als beherrschtem Unternehmen einen Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag zu schließen. Das machte die IDS Scheer AG noch am selben Tag durch Ad-hoc-Mitteilung bekannt (vgl. gemeinsamer Bericht der Geschäftsführung der [redacted] und des Vorstands der IDS Scheer AG vom 24. November 2009, Anlage GV 1 zum Schriftsatz des gemeinsamen Vertreters vom 3. November 2011).

Der Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag zwischen der [redacted] als herrschendem Unternehmen und der IDS Scheer AG als beherrschtem Unternehmen wurde am 24. November 2009 geschlossen (Anlage GV 2 zum Schriftsatz des gemeinsamen Vertreters vom 3. November 2011). Nach dessen § 4 Abs. 2 wurde für die Dauer des Vertrags als angemessener Ausgleich für die außenstehenden Aktionäre der IDS Scheer AG eine wiederkehrende Geldleistung von 1,02 € brutto für jedes volle Geschäftsjahr je auf den Inhaber lautender Stückaktie von 1 € festgelegt. Nach § 5 Abs. 1 des Vertrags verpflichtete sich die [redacted], auf Verlangen eines außenstehenden Aktionärs der IDS Scheer AG dessen Aktien gegen eine Barabfindung in Höhe von 15,10 € je Aktie zu erwerben. Noch am selben Tag stimmte die Gesellschafterversammlung der [redacted] dem Vertrag zu. In der außerordentlichen Hauptversammlung vom 8. Januar 2010 stimmten auch die Aktionäre der IDS Scheer AG dem Vertrag mehrheitlich zu. Am 11. Januar 2010 wurde der Vertrag in das Handelsregister eingetragen. Die Angemessenheit des Ausgleichs und der Barabfindung war Gegenstand eines weiteren Spruchverfahrens vor dem Landgericht Saarbrücken (Az.: 7KFH O 34/10); das diesbezügliche Beschwerdeverfahren ist noch beim Senat anhängig (Az.: 1 W 5/19).

Am 3. Februar 2010 machten die Antragsgegnerin, die Geschäftsführung der [redacted] und der Vorstand der IDS Scheer AG bekannt, dass sie beabsichtigten, zunächst [redacted] und anschließend die IDS Scheer AG nach den Bestimmungen des Umwandlungsgesetzes auf die Antragsgegnerin zu verschmelzen.

Mit Verschmelzungsvertrag vom 27. März 2010 wurde
auf die Antragsgegnerin verschmolzen.

Am 20. Mai 2010 wurde der Verschmelzungsvertrag zwischen der Antragsgegnerin als übernehmender Rechtsträgerin und der IDS Scheer AG als übertragender Rechtsträgerin notariell beurkundet (Anlage 2 zur Anlage 3 des Schriftsatzes der Antragsgegnerin vom 18.02.2011). Die Verschmelzung erfolgte danach durch Aufnahme unter Auflösung ohne Abwicklung gegen Gewährung von Anteilen an der übernehmenden Gesellschaft nach den Vorschriften des Umwandlungsgesetzes, wobei das Umtauschverhältnis in § 2 Abs. 2.1 des Vertrags dahin festgelegt wurde, dass den Aktionären der IDS Scheer AG für je 33 Stück auf den Inhaber lautender Stückaktien der IDS Scheer AG 4 Stück auf den Inhaber lautende Stückaktien der Antragsgegnerin gewährt werden, und in § 2 Abs. 2.4 des Vertrags als Stichtag für die Bewertung der beiden Unternehmen zum Zwecke der Ermittlung des Umtauschverhältnisses der 8. Juli 2010 bestimmt wurde.

Die Aktionäre der IDS Scheer AG stimmten dem Abschluss des Verschmelzungsvertrags in der Hauptversammlung vom 8. Juli 2010 zu. An diesem Tag hielt die Antragsgegnerin von den insgesamt 32.273.250 auf den Inhaber lautenden Stückaktien der IDS Scheer AG 29.479.937 Aktien (rund 91,34%).

Die Verschmelzung wurde am 21.12.2010 in das Handelsregister am Sitz der Antragsgegnerin eingetragen. Die Bekanntmachung der Eintragung gemäß § 19 Abs. 3 Satz 3 UmwG i.V.m. § 10 HGB erfolgte am 23.12.2010.

Die außenstehenden Aktionäre der IDS Scheer AG erhielten entsprechend dem in dem Verschmelzungsvertrag festgelegten Umtauschverhältnis für 33 Aktien der IDS Scheer AG 4 Aktien der Antragsgegnerin.

Das in dem Verschmelzungsvertrag vom 20. Mai 2010 festgesetzte Umtauschverhältnis basiert auf einer gutachterlichen Stellungnahme der – von den Vorständen beider Gesellschaften gemeinsam beauftragten – vom 19. Mai 2010 über die Ermittlung der Unternehmenswerte und des rechnerischen Umtauschverhältnisses zum 8. Juli

2010 aus Anlass der geplanten Verschmelzung der IDS Scheer AG auf die Antragsgegnerin (Anlage AG 2 zum Schriftsatz der Antragsgegnerin vom 18. Februar 2011). Diese hatte in der Stellungnahme vom 19. Mai 2010 zum Bewertungsstichtag 8. Juli 2010 nach dem Ertragswertverfahren einen Unternehmenswert der Antragsgegnerin in Höhe von 3.934,2 Mio. €, was einem Wert in Höhe von 138,95 € je Aktie entspricht, und einen Unternehmenswert der IDS Scheer AG in Höhe von 540,3 Mio. €, was einem Wert in Höhe von 16,74 € je Aktie entspricht, ermittelt. In einer „Aktualitätserklärung" vom 8. Juli 2010 (Anlage AG 5 zum Schriftsatz der Antragsgegnerin vom 22. Juni 2011) hatte unter Berücksichtigung von zwischenzeitlich eingetretenen, im Einzelnen aufgeführten Änderungen bzw. Aktualisierungen zum Stichtag (8. Juli 2010) einen Unternehmenswert der Antragsgegnerin in Höhe von 4.084,8 Mio € bzw. 144,26 € je Aktie und einen Unternehmenswert der IDS Scheer AG in Höhe von 556,3 Mio. € bzw. 17,24 € je Aktie ermittelt. Der gewichtete durchschnittliche Börsenkurs im Dreimonatszeitraum vor Bekanntgabe der Verschmelzungsabsicht am 3. Februar 2010 (3. November 2009 bis 2. Februar 2010) betrug ausweislich der gutachterlichen Stellungnahme der vom 19. Mai 2010 (S. 134 ff.) für eine Aktie der Antragsgegnerin 75,06 € (Bloomberg) bzw. 74,67 € (BaFin) und für eine Aktie der IDS Scheer AG 16,27 € (Bloomberg) bzw. 16,28 € (BaFin). Die Ermittlung des angemessenen Umtauschverhältnisses anhand der Börsenkurse sah die Bewertungsgutachterin indes nicht als geeignet an. Es sprächen bereits überzeugende Gründe dafür, aus grundsätzlichen Erwägungen auch bei der Bewertung börsennotierter Aktiengesellschaften zum Zwecke der Ermittlung einer angemessenen Verschmelzungswertrelation ausschließlich auf die Ertragswerte abzustellen (S. 51 der gutachterlichen Stellungnahme vom 19. Mai 2010). Zudem sei der Börsenkurs der Aktie der IDS Scheer AG im Dreimonatszeitraum vor Bekanntgabe der Verschmelzungsabsicht maßgeblich durch die vorausgegangenen anderen Strukturmaßnahmen, nämlich das freiwillige öffentliche Übernahmeangebot vom 13. Juli 2009 und die Bekanntgabe der Absicht zum Abschluss eines Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrags vom 28. September 2009 beeinflusst gewesen (S. 136 ff. der gutachterlichen Stellungnahme vom 19. Mai 2010). Schließlich sprächen, wenn – wie bei der IDS Scheer AG – der Ertragswert über dem Börsenkurs liegt, überzeugende Gründe dafür, maßgeblich

auf den höheren anteiligen Ertragswert abzustellen. Dann müsse aber nach dem Grundsatz der Methodengleichheit auch bei der Antragsgegnerin als übernehmender Rechtsträgerin auf den anteiligen Ertragswert abgestellt werden. Gleiches gelte nach dem Grundsatz der Meistbegünstigung, wenn – wie im vorliegenden Fall bei der IDS Scheer AG und der Antragsgegnerin gleichermaßen – der anteilige Ertragswert sowohl des übertragenden als auch des übernehmenden Rechtsträgers über dem betreffenden Börsenkurs liegt (S.141 der gutachterlichen Stellungnahme vom 19. Mai 2010).

Dieser Auffassung haben sich die Vorstände der Antragsgegnerin und der IDS Scheer AG in ihrem gemeinsamen Verschmelzungsbericht gemäß § 8 UmwG vom 20. Mai 2010 (Anlage AG 1 zum Schriftsatz der Antragsgegnerin vom 18. Februar 2011) angeschlossen (vgl. S. 104 ff. des Berichts) und ausgeführt, dass auch nach ihrer Ansicht das Ertragswertverfahren besser geeignet sei, die tatsächliche Wertrelation beider Unternehmen zu bestimmen.

Die durch Beschluss des Landgerichts Saarbrücken vom 2. März 2010 (Az.: 17KFH O 16/10) gerichtlich bestellte Verschmelzungsprüferin

t hielt es in ihrem Prüfungsbericht vom 21. Mai 2010 (Anlage AG 3 zum Schriftsatz der Antragsgegnerin vom 18. Februar 2011) ebenfalls für angemessen, zur Ableitung der Umtauschrelation auf die Unternehmenswertrelation und nicht auf die Börsenkursrelation abzustellen (S. 14 f., 77 ff. des Berichts). Sie schloss ihren Bericht mit der Erklärung ab, dass nach ihren Feststellungen das vorgeschlagene Umtauschverhältnis, nach dem die Aktionäre der IDS Scheer AG für 33 Aktien ihrer Gesellschaft 4 Aktien der Antragsgegnerin erhalten, angemessen sei.

Die Aktien der Antragsgegnerin waren im hier maßgeblichen Zeitraum zum Handel im regulierten Markt (Prime Standard) der Frankfurter Wertpapierbörse zugelassen und wurden an allen anderen deutschen Wertpapierbörsen im Freiverkehr sowie im elektronischen Handelssystem Xetra gehandelt. Sie wurden im TecDAX geführt und in den USA im Freiverkehr in Form von American Depositary Receipts gehandelt. Die Verschmelzung hatte keine Auswirkungen auf den börsenmäßigen Handel der

Aktien der bisherigen Aktionäre der Antragsgegnerin (S. 103 des gemeinsamen Verschmelzungsberichts vom 20. Mai 2010, Anlage AG 1).
Die Aktien der IDS Scheer AG wurden an der Frankfurter Wertpapierbörse im regulierten Markt (General Standard) und außerdem an allen anderen deutschen Wertpapierbörsen im Freiverkehr sowie im elektronischen Handelssystem Xetra gehandelt (S. 103 des gemeinsamen Verschmelzungsberichts vom 20. Mai 2010, Anlage AG 1).

Mit ihren in der Zeit vom 25.01.2011 bis zum 23.03.2011 beim Landgericht Saarbrücken eingegangenen Anträgen haben insgesamt 79 Antragsteller gemäß § 15 Abs. 1 UmwG die gerichtliche Bestimmung einer angemessenen baren Zuzahlung begehrt, wobei die Antragsteller zu 10 und 11 ihre Anträge mit Schreiben vom 07.11.2012 zurückgenommen haben (Bl. 768 d. A.).

Sowohl die Antragsteller als auch der mit Beschluss des Landgerichts Saarbrücken vom 27. Juni 2011 (Bl. 252 d. A.) gemäß § 6 SpruchG bestellte gemeinsame Vertreter halten das in dem Verschmelzungsvertrag vom 20. Mai 2010 festgelegte Umtauschverhältnis von 4 Aktien der Antragsgegnerin für 33 Aktien der IDS Scheer AG für zu niedrig bemessen. Die Bewertungsgutachterin habe den Unternehmenswert der IDS Scheer AG zu niedrig, denjenigen der Antragsgegnerin zu hoch angesetzt. Insbesondere seien die in ihrer gutachterlichen Stellungnahme vom 19. Mai 2010 angenommenen, zu Lasten der IDS Scheer AG gehenden Unterschiede in den Umsatzprognosen für die beiden Unternehmen sowie in der Kostenplanung nicht plausibel. Auch würden die Minderheitsaktionäre durch die Berechnung des Umtauschverhältnisses auf Basis der Ertragswertrelation anstelle der Börsenkursrelation, die für die Aktionäre der IDS Scheer AG deutlich günstiger (4,59facher Wert einer Aktie der Antragsgegnerin gegenüber einer Aktie der IDS Scheer AG) als die in dem Verschmelzungsvertrag festgesetzte Ertragswertrelation (8,25facher Wert einer Aktie der Antragsgegnerin gegenüber einer Aktie der IDS Scheer AG) wäre, unzulässig benachteiligt. Jedenfalls müsse die Börsenkursrelation vorrangig gegenüber der Ertragswertrelation sein, wenn die Antragsteller bei einer freien Deinvestitionsentscheidung aufgrund der Verhältnisse der Börsenkurse ein deutlich besseres Ergebnis hätten erzielen können.

Ferner haben die Antragsteller und der gemeinsame Vertreter geltend gemacht, die Prüfung des Verschmelzungsvertrags durch die Verschmelzungsprüferin sei nicht ordnungsgemäß erfolgt. Es bestünden Zweifel an deren Unabhängigkeit. Auch habe sie gegen das Gebot der Unparteilichkeit verstoßen. Zudem seien ihr das Fehlen von Feststellungen zur Angemessenheit des Unternehmenswerts der Antragsgegnerin vor dem Hintergrund ihres Börsenkurses sowie das Fehlen einer Prüfung der Plausibilität der vergleichsorientierten Marktbetrachtung bezüglich des Unternehmenswerts der Antragsgegnerin vorzuwerfen.

Die Antragsteller und der gemeinsame Vertreter haben beantragt,

1. gemäß § 15 Abs. 1 UmwG einen angemessenen Ausgleich durch bare Zuzahlung zu dem im Verschmelzungsvertrag zwischen der Antragsgegnerin und der IDS Scheer AG vom 20.05.2010 vorgesehenen Umtauschverhältnis zu bestimmen;

2. die Zuzahlung gemäß § 15 Abs. 2 UmwG ab 24. Dezember 2010 zu verzinsen.

Die Antragsgegnerin ist den Anträgen entgegengetreten und hat – soweit sie deren Zulässigkeit gerügt hat – ihre Verwerfung sowie hinsichtlich der Anträge der übrigen Antragsteller und des Antrags des gemeinsamen Vertreters deren Zurückweisung beantragt. Sie hat das in dem Verschmelzungsvertrag festgelegte Umtauschverhältnis auf der Basis der Ertragswertmethode verteidigt.

Das Landgericht hat nach am 23. November 2012 durchgeführter mündlicher Verhandlung (Bl. 777 ff. d. A.) durch Beschluss vom 15. März 2013 (Bl. 1042 ff. d. A.), auf dessen Inhalt ergänzend Bezug genommen wird, die Anträge der Antragsteller zu 13, 14, 22, 23, 24, 25, 26, 56, 58, 59 (erstinstanzlich 60), 60 (erstinstanzlich 61), 64 (erstinstanzlich 65), 65 (erstinstanzlich 66), 66 (erstinstanzlich 67), 67 (erstinstanzlich 68), 68 (erstinstanzlich 69), 71 (erstinstanzlich 72) und 79 (erstinstanzlich 59) als unzulässig abgewiesen, für jede Aktie der außenstehenden Aktionäre der IDS Scheer AG eine bare Zuzahlung in Höhe von 7,22 € festgesetzt und festgestellt, dass die bare Zuzahlung seit dem

24.12.2010 mit 5% über dem Basiszinssatz nach § 247 BGB zu verzinsen ist. Zur Begründung hat das Landgericht im Wesentlichen ausgeführt:
Soweit die Anträge als unzulässig abgewiesen wurden, entsprächen sie nicht den Anforderungen des § 3 Satz 1 Nr. 3, Satz 2 SpruchG, da nicht durch Urkunden nachgewiesen worden sei, dass die betreffenden Antragsteller zum Zeitpunkt ihrer jeweiligen Antragstellung noch Anteilsinhaber der Antragsgegnerin als neuer Rechtsträgerin gewesen seien. Der Antragsteller zu 79 (erstinstanzlich zu 59) könne sich nicht mit Erfolg darauf berufen, auch ohne den Nachweis, dass er zum Zeitpunkt der Antragstellung noch Aktionär der Antragsgegnerin war, antragsberechtigt zu sein. Denn § 3 Satz 2 SpruchG knüpfe an die formale Stellung als Anteilsinhaber und nicht an die Eigenschaft als Gläubiger des Kompensationsanspruchs an. Das sei der Antragsteller zu 79 (erstinstanzlich zu 59) aber bei Antragstellung am 21. März 2011 nicht mehr gewesen, da er zum Zeitpunkt der Verschmelzung nur eine Aktie der IDS Scheer AG gehabt habe, für die er am 23.12.2010 im Umtausch (33:4) nur einen rechnerischen Anteil von 0,12121 einer Aktie der Antragsgegnerin erhalten habe, und er dieses Aktienteilrecht nicht durch Zukauf auf eine ganze Aktie der Antragsgegnerin aufgerundet, sondern sein Aktienteilrecht zum Kurswert von 12,43 € (Wertstellung am 24.01.2011) verkauft habe.

Die Anträge der übrigen Antragsteller seien zulässig und auch gemäß § 15 Abs. 1 UmwG begründet. Das im Verschmelzungsvertrag vom 20. Mai 2010 festgesetzte Umtauschverhältnis von 33 Aktien der IDS Scheer AG in 4 Aktien der Antragsgegnerin sei unangemessen und benachteilige die ehemaligen Aktionäre der IDS Scheer AG. Bei der für die Überprüfung der Angemessenheit des Umtauschverhältnisses erforderlichen Bewertung der beiden Unternehmen sei das Gericht nicht an das von den Verschmelzungspartnern hier vereinbarte Ertragswertverfahren gebunden. Vorliegend sei es angezeigt, die Unternehmenswerte beider Gesellschaften anhand der Börsenkurse der jeweiligen Aktien unter Heranziehung ihrer gewichteten Durchschnittskurse im Zeitraum von drei Monaten vor Bekanntgabe der Verschmelzungsabsicht, die hier aussagekräftig gewesen seien, zu bemessen. Unter Zugrundelegung der gewichteten Durchschnittskurse im Referenzzeitraum (3. November 2009 bis 2. Februar 2010) von 16,28 € je Aktie der IDS Scheer AG und von 74,67 € je Aktie der

Antragsgegnerin (BaFin) ergebe sich ein Umtauschverhältnis von 4,58 und nicht – wie im Verschmelzungsvertrag vereinbart – von 8,25. Diese Diskrepanz sei durch eine bare Zuzahlung in Höhe von 7,22 € je Aktie der IDS Scheer AG auszugleichen ((33 x 16,28) – (4 x 74,67 €) = 7,22 €).
Gegen diesen ihnen am 22.03.2013 zugestellten Beschluss haben die Prozessbevollmächtigten der Antragsgegnerin mit am 18.04.2013 vorab per Telefax eingegangenem Schriftsatz vom selben Tag Beschwerde eingelegt. Zur Begründung ihres Rechtsmittels macht die Antragsgegnerin im Wesentlichen geltend:

Hinsichtlich der Antragsteller zu 7, 8, 27, 40, 46 – 52, 55, 73 (erstinstanzlich 74) und 78 (erstinstanzlich 79) sei der Nachweis der Antragsberechtigung nach § 3 Satz 1 Nr. 4, Satz 2 SpruchG nach wie vor nicht erbracht. Entgegen der Auffassung des Landgerichts seien die Anträge der Antragsteller zu 7, 8, 9, 12, 27, 46, 47, 48 und 72 (erstinstanzlich 73) unzulässig, da sie nicht den Erfordernissen des § 4 Abs. 2 SpruchG entsprächen.

Die Bewertung des Umtauschverhältnisses nach den Börsenkursen benachteilige die damaligen Aktionäre der Antragsgegnerin im Vergleich zu den damaligen Aktionären der IDS Scheer AG ungerechtfertigt, da der Börsenkurs der IDS Scheer AG ab der 2. Jahreshälfte 2009 aufgrund der Bekanntgabe des öffentlichen Übernahmeangebots und des angekündigten Abschlusses eines Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrags durch spekulative Abfindungserwartungen verzerrt gewesen sei, während der Börsenkurs der Antragsgegnerin den Einflüssen der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung ausgesetzt gewesen sei. Die besonderen Voraussetzungen für die Anwendung der Börsenkursrelation hätten nicht vorgelegen, da die Börsenkurse beider Unternehmen im maßgeblichen Referenzzeitraum vom 3. November 2009 bis 2. Februar 2010 entgegen der Auffassung des Landgerichts nicht aussagekräftig gewesen seien. Bereits die Prämisse des Landgerichts, das Spruchgericht sei an die von den Verschmelzungspartnern vereinbarte Ertragswertrelation nicht gebunden, sei falsch. Vielmehr dürfe das Gericht eine von den Verschmelzungspartnern gewählte Methode der Unternehmensbewertung als solche nicht verwerfen, wenn sie angemessen sei, bzw. dürfe es sie nur verwerfen, wenn sie unangemessen sei.

Vorliegend sei die Ertragswertmethode angemessen und vorzugswürdig. Für die Aktien der IDS Scheer AG habe in dem dreimonatigen Referenzzeitraum ein enger Markt vorgeherrscht. Die Beeinflussung ihres Aktienkurses durch Abfindungsspekulationen folge aus der am 13.07.2009 per Ad-hoc-Meldung bekanntgegeben Absicht der den Aktionären der IDS Scheer AG ein freiwilliges öffentliches Übernahmeangebot zu unterbreiten, aus dem am 17.08.2009 veröffentlichten Übernahmeangebot sowie aus der am 28.09.2009 von der IDS Scheer AG per Ad-hoc-Mitteilung bekannt gegebenen Absicht des Abschlusses eines Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrages zwischen ihr und der , was jeweils zu einem deutlichen Anstieg der Aktienkurse der IDS Scheer AG geführt habe. Auch der Börsenkurs der Antragsgegnerin stelle entgegen der Auffassung des Landgerichts keinen geeigneten Maßstab für die Bestimmung des Umtauschverhältnisses dar. Überdies sei die Bestimmung des Umtauschverhältnisses nach der Börsenkursrelation bei Verschmelzungen schon grundsätzlich abzulehnen.

Die Antragsgegnerin beantragt (Bl. 1139 d. A.),

> den Beschluss des Landgerichts Saarbrücken vom 15. März 2013 (Az.: 17 O 5/11) aufzuheben und die Spruchanträge der Antragsteller abzuweisen,
>
> hilfsweise gemäß § 17 Abs. 1 SpruchG i.V.m. § 70 Abs. 2 FamFG die Rechtsbeschwerde zuzulassen.

Die noch am Beschwerdeverfahren beteiligten Antragsteller und der gemeinsame Vertreter beantragen,

> die Beschwerde zurückzuweisen.

Sie verteidigen den angefochtenen Beschluss, insbesondere die Bestimmung des angemessenen Umtauschverhältnisses nach der Börsenkursrelation, und treten der Beschwerde der Antragsgegnerin unter Wiederholung und Vertiefung ihres erstinstanzlichen Vorbringens entgegen. Der gemeinsame Vertreter trägt im Wesentlichen vor: Der Börsenkurs der IDS Scheer AG sei im maßgeblichen

Referenzzeitraum nicht durch Abfindungsspekulationen nach oben verzerrt worden. Die Erhöhung des Aktienkurses im Vorfeld des maßgeblichen Referenzzeitraums infolge der Bekanntgabe des Übernahmeangebots und des anschließenden Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrags habe nicht zu einem Börsenkurs geführt, der nicht mehr dem tatsächlichen Wert der IDS Scheer AG entsprach. Das zeige schon der Umstand, dass der Börsenkurs geringfügig unter dem in dem Bewertungsgutachten auf der Grundlage des Ertragswertverfahrens ermittelten Unternehmenswert der IDS Scheer AG lag.

Der Antragsteller zu 79 (erstinstanzlich 59) hat gegen den ihm am 07.04.2013 zugestellten Beschluss des Landgerichts Saarbrücken vom 15.03.2013 mit am 16.05.2013 vorab per Telefax beim Landgericht eingegangenem Schriftsatz vom 15.05.2013 Anschlussbeschwerde eingelegt, mit der seinen erstinstanzlichen Antrag auf eine angemessene bare Zuzahlung weiterverfolgt. Er meint, entgegen der Auffassung des Landgerichts sei seine Antragsberechtigung auch ohne den Nachweis gegeben, dass er noch zum Zeitpunkt seiner Antragstellung Aktionär der Antragsgegnerin war. In seinem Fall sei eine teleologische Reduktion des § 3 Satz 2 SpruchG geboten.

Die Antragsgegnerin beantragt die Zurückweisung der Anschlussbeschwerde (Bl. 1375 d. A.).

Das Landgericht hat der Beschwerde und der Anschlussbeschwerde durch Beschluss vom 25.06.2013 (Bl. 1402 ff. d. A.), auf dessen Inhalt Bezug genommen wird, nicht abgeholfen und die Sache dem Saarländischen Oberlandesgericht zur Entscheidung vorgelegt.

Der Senat hat Beweis erhoben gemäß den Beweisbeschlüssen vom 30.12.2014 (Bl. 1742 ff. d. A.) und vom 12.01.2018 (Bl. 2231 ff. d. A.). Wegen des Ergebnisses der Beweisaufnahme wird auf das Gutachten des Sachverständigen vom 16.08.2017 sowie auf dessen Ergänzungsgutachten vom 25.05.2021 (jeweils in gesonderten Bänden) Bezug genommen.

Wegen der weiteren Einzelheiten des Sach- und Streitstandes wird auf die gewechselten Schriftsätze nebst Anlagen sowie auf das Protokoll der erstinstanzlichen mündlichen Verhandlung vom 23.11.2012 (Bl. 777 ff. d. A.) verwiesen.

B.

Die Beschwerde der Antragsgegnerin sowie die Anschlussbeschwerde des Antragstellers zu 79 (erstinstanzlich 59) sind zulässig, aber unbegründet.

I. Beschwerde der Antragsgegnerin

Die gemäß § 12 Abs. 1 SpruchG, § 17 Abs. 1 SpruchG i.V.m. § 63 Abs. 1, § 64 Abs. 1 Satz 1, Abs. 2 FamFG statthafte sowie form- und fristgerecht eingelegte, mithin zulässige Beschwerde ist unbegründet.

1. Mit ihren weiterhin gegen die Zulässigkeit der Anträge einzelner Antragsteller, die das Landgericht in dem angefochtenen Beschluss als zulässig erachtet hat (II. 2. der Gründe des angefochtenen Beschlusses), erhobenen Einwendungen dringt die Beschwerde nicht durch.

a) Die Antragsteller zu 7, 8, 27, 40, 46 – 52, 55, 73 (erstinstanzlich 74) und 78 (erstinstanzlich 79) haben – wie das Landgericht mit Recht angenommen hat – den Nachweis ihrer Antragsberechtigung nach § 3 Satz 1 Nr. 3, Satz 2 SpruchG, nämlich dass sie im Zeitpunkt der Eintragung des Verschmelzungsbeschlusses in das Handelsregister am 21.12.2010 Aktionäre der IDS Scheer AG und auch zum Zeitpunkt ihrer jeweiligen Antragstellung noch Aktionäre der Antragsgegnerin waren, entweder bereits mit Einreichung des jeweiligen Antrags – so die Antragsteller zu 7 (vgl. Bl. 5 der verbundenen Akte 17 O 12/11 LG Saarbrücken), 8 (vgl. Bl. 5 f. der verbundenen Akte 17 O 13/11 LG Saarbrücken) und 49 – 55 (vgl. Bl. 36-39, 41 der verbundenen Akte 17 O 82/11 LG Saarbrücken – oder im Verlauf

des erstinstanzlichen Verfahrens – so die Antragsteller zu 27 (vgl. Bl. 943 d. A.), 40 (vgl. Bl. 863, 869 d. A.), 46 – 48 (vgl. Bl. 897 - 899 d. A.), 73 (erstinstanzlich 74; vgl. Bl. 872 f. d. A.) und 78 (erstinstanzlich 79; vgl. Bl. 948 d. A.) – durch Vorlage entsprechender Bankbescheinigungen, also Urkunden (vgl. § 3 Satz 3 SpruchG) erbracht. Sämtliche Nachweise wurden ausweislich des Inhalts der Akten entweder – soweit sie bereits mit dem Antrag vorgelegt worden waren – der Antragsgegnerin persönlich bzw. ihren Prozessbevollmächtigten mit dem Antrag zugestellt oder – soweit sie nachgereicht worden waren – mit den diesbezüglichen Schreiben der betreffenden Antragsteller bzw. Schriftsätzen ihrer Prozessbevollmächtigten an die Prozessbevollmächtigten der Antragsgegnerin übersandt. Die mit Einlegung der Beschwerde erhobene, nicht näher konkretisierte Behauptung der Antragsgegnerin, ihr lägen hinsichtlich der betreffenden Antragsteller „keine Nachweise vor, aus denen sich ergeben würde, dass die Antragsteller Aktionäre der IDS Scheer AG waren, ihre Aktien in Aktien der Antragsgegnerin getauscht wurden und sie diese Aktien auch zum Zeitpunkt der Antragstellung noch hielten", ist vor diesem Hintergrund – worauf der Senat mit Verfügung vom 20.12.2022 (Bl. 2693 ff. d. A.) hingewiesen hat – unverständlich.

b) Entgegen der Auffassung der Antragsgegnerin hat das Landgericht mit Recht angenommen, dass die Antragsteller zu 7, 8, 9, 12, 27, 46, 47, 48 und 72 (erstinstanzlich 73) ihre Anträge, was Voraussetzung für deren Zulässigkeit ist, in einer den Anforderungen des § 4 Abs. 2 Satz 2 SpruchG genügenden Weise begründet haben. Soweit die Antragsgegnerin mit ihrer Beschwerdebegründung auch hinsichtlich weiterer Antragsteller beanstandet hat, diese hätten ihre Anträge nicht ausreichend begründet, geht die Rüge – wie bereits das Landgericht in seinem Nichtabhilfebeschluss zutreffend ausgeführt hat – ins Leere, weil deren Anträge schon mangels Nachweises ihrer Antragsberechtigung als unzulässig abgewiesen worden sind.

aa) Dass die Antragsbegründungen der vorgenannten Antragsteller die Antragsgegnerin bezeichnet (§ 4 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 SpruchG) und ihre Antragsberechtigung nach § 3 SpruchG dargelegt haben (§ 4 Abs. 2 Satz 2 Nr. 2 SpruchG), zieht auch die Antragsgegnerin nicht in Zweifel.

bb) Entgegen der Ansicht der Antragsgegnerin hat das Landgericht zu Recht angenommen, die Antragsbegründungen jener Antragsteller genügten auch den Anforderungen des § 4 Abs. 2 Satz 2 Nr. 3 und Nr. 4 SpruchG. Nach diesen Bestimmungen hat die Antragsbegründung Angaben zur Art der Strukturmaßnahme und der vom Gericht zu bestimmenden Kompensation nach § 1 SpruchG (§ 4 Abs. 2 Satz 2 Nr. 3 SpruchG) sowie konkrete Einwendungen gegen die Angemessenheit der Kompensation nach § 1 SpruchG oder gegebenenfalls gegen den als Grundlage für die Kompensation ermittelten Unternehmenswert, soweit hierzu Angaben in den in § 7 Abs. 3 SpruchG genannten Unterlagen enthalten sind (§ 4 Abs. 2 Satz 2 Nr. 4 Satz 1 SpruchG), zu enthalten.

aaa) Für die Angabe zur Art der Strukturmaßnahme genügt es, dass der Antragsteller die Maßnahme – wie etwa im vorliegenden Fall die Verschmelzung – konkret unter Angabe der beteiligten Gesellschaft und des Vertrags bezeichnet (vgl. Emmerich in: Emmerich/Habersack, Aktien- und GmbH-Konzernrecht, 10. Aufl., § 4 SpruchG Rn. 16; BeckOGK/Drescher, § 4 SpruchG, Rn. 20). Bezüglich der erforderlichen Angabe zur Kompensation ist es ausreichend, dass der Antragsteller die Kompensation, die bestimmt werden soll, bezeichnet, er also beispielsweise angibt, dass eine Zuzahlung erfolgen soll (vgl. Emmerich, a. a. O., Rn. 17; Drescher, a. a. O.).

Bei den darüber hinaus nach § 4 Abs. 2 Satz 2 Nr. 4 SpruchG erforderlichen Angaben handelt es sich um die eigentliche Antragsbegründung. Zweck der Regelung ist eine Beschleunigung der Verfahren durch eine frühzeitige Konzentration auf einzelne strittige Punkte, um die teure und aufwändige „flächendeckende" Neubewertung des Antragsgegners und gegebenenfalls noch weiterer Unternehmen nach Möglichkeit zu vermeiden (vgl. Emmerich, a. a. O., Rn. 18). Es soll verhindert werden, dass Antragsteller praktisch mit einem Satz und ohne jede sachliche Erläuterung ein aufwändiges und kostenträchtiges Überprüfungsverfahren in Gang setzen können (vgl. BGH NZG 2012, 191 Rn. 23). Die Antragsbegründung muss demgemäß eine konkrete Bewertungsrüge enthalten. Die Angaben müssen weder richtig noch schlüssig sein, um den Antrag zulässig zu machen (vgl. Drescher, a. a. O., Rn. 22). Erforderlich ist aber, dass sie konkret sind. Pauschale und formelhafte Wendungen wie etwa die, die gesamte oder eine

einzelne Bewertung sei falsch, angesetzte Zahlen seien zu hoch oder zu niedrig oder das Umtauschverhältnis sei unangemessen, genügen hingegen nicht (vgl. BGH, a. a. O., Rn. 24; Emmerich, a. a. O. Rn. 20; Drescher, a. a. O.). In der Antragsbegründung muss folglich konkret angegeben werden, aus welchen Gründen der Antragsteller die Kompensation nicht als angemessen ansieht (vgl. Emmerich, a. a. O., Rn. 19). Die Begründungstiefe kann auch davon abhängen, wie konkret die Aussagen zur Unternehmensbewertung in den in § 7 Abs. 3 SpruchG genannten Unterlagen sind (vgl. Emmerich, a. a. O., Rn. 19; Drescher, a. a. O.). Bei alldem darf allerdings nicht aus dem Blick verloren werden, dass an die Begründung des Antrags im Spruchverfahren keine besonders strengen oder gar überspannten Anforderungen gestellt werden dürfen (vgl. BGH, a. a. O., Rn. 23; Emmerich, a. a. O., Rn. 22).

bbb) Diesen Anforderungen werden die Begründungen der Anträge der Antragsteller zu 7, 8, 9, 12, 27, 46, 47, 48 und 72 (erstinstanzlich 73) in Übereinstimmung mit der Auffassung des Landgerichts (noch) gerecht.

(1) Die Antragstellerinnen zu 7 und 8 sowie der Antragsteller zu 9 haben entgegen der Auffassung der Antragsgegnerin in ihren fristgerecht eingegangenen, wortgleichen Antragsschriften vom 07.02.2011 (jeweils Bl. 1 ff. der verbundenen Akten 17 O 12/11, 17 O 13/11 und 17 O 14/11 LG Saarbrücken) jeweils eine hinreichend konkrete Bewertungsrüge erhoben, indem sie unter Bezugnahme auf ein Urteil des Oberlandesgerichts Frankfurt geltend gemacht haben, bei der Ermittlung des näher bezeichneten Umtauschverhältnisses der Aktien der IDS Scheer AG in Aktien der Antragsgegnerin laut Verschmelzungsvertrag sei die bei der Verschmelzung zweier börsennotierter Unternehmen allein maßgebliche Börsenkursrelation außer Betracht geblieben, wobei die Börsenkurse beider Unternehmen im Dreimonatszeitraum vor Bekanntgabe der Verschmelzungsabsicht mitgeteilt werden, aus denen die Antragsteller ein für sie günstigeres Umtauschverhältnis errechnen, weshalb die Antragsgegnerin eine bare Zuzahlung zu leisten habe. Damit haben diese Antragsteller konkret angegeben, warum sie das im Verschmelzungsvertrag festlegte Umtauschverhältnis nicht als angemessen ansehen. Soweit die Antragsgegnerin hinsichtlich der Antragstellerin zu 8 – nicht aber hinsichtlich der wortgleichen Anträge der Antragstellerin zu 7 und des

Antragstellers zu 9 – darüber hinaus auch rügt, deren Antrag könne nicht entnommen werden, um welche konkrete Strukturmaßahme es geht, trifft dies ausweislich des Inhalts des Antrags offensichtlich nicht zu.

(2) Bezüglich des Antragstellers zu 12 lässt sich dessen fristgerecht eingegangenem Antrag vom 19.02.2011 (Bl. 1 ff. der verbundenen Akte 17 O 16/11 LG Saarbrücken) entgegen der Auffassung der Antragsgegnerin bei sachgerechter Auslegung mit noch hinreichender Deutlichkeit entnehmen, dass er mit diesem eine gerichtlich zu bestimmende bare Zuzahlung nach § 15 UmwG erstrebt. Dass das Datum der Zustimmung der Aktionäre der IDS Scheer AG zum Abschluss des Verschmelzungsvertrags ebenso wie das Datum der Eintragung der Verschmelzung in das Handelsregister fehlerhaft angegeben sind, ist ebenso unschädlich wie der Umstand, dass der Antragsteller zu 12 nach dem Wortlaut seiner Antragsschrift eine „angemessene Abfindung" sowie die gerichtliche Festsetzung „auf eine höhere Anzahl Aktien der erstrebt und er zudem die einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen unzutreffend („§§ 327 f AktG, § 1 No 2 SpruchG") bezeichnet hat. Denn aus der zur Auslegung seines Antrags heranzuziehenden Anspruchsbegründung ergibt sich – wie auch die Antragsgegnerin ausweislich des Schriftsatzes ihrer Prozessbevollmächtigten vom 22. Juni 2011 (S. 27 f. = Bl. 92 f. d. A.) nicht zu verkennen scheint – zwanglos, dass es dem Antragsteller zu 12 weder um die gerichtliche Nachprüfung einer Barabfindung nach § 34 UmwG noch gar um die gerichtliche Nachprüfung einer Abfindung bei Eingliederung (§ 1 Nr. 2 SpruchG i. V. mit § 320b AktG) oder einer Barabfindung beim Squeeze Out (§ 1 Nr. 3 SpruchG i. V. mit § 327f AktG) ging, sondern allein um das nach Auffassung des Antragstellers zu niedrig bemessene Umtauschverhältnis der Aktien bei Verschmelzung, für die das Gesetz ausschließlich die gerichtliche Bestimmung einer baren Zuzahlung nach § 15 UmwG vorsieht. Aus denselben Gründen sind – anders als die Antragsgegnerin meint – auch die Angaben des Antragstellers zu 72 (erstinstanzlich 73) zur vom Gericht zu bestimmenden Kompensation in dessen fristgerecht eingegangener Antragschrift vom 23.03.2011 (Bl. 1 ff. der verbundenen Akte 17 O 92/11 LG Saarbrücken) bei deren sachgerechter Auslegung noch ausreichend.

25

(3) In der fristgerecht eingegangenen Antragsschrift der Antragstellerin zu 27 vom 04.03.2011 (Bl. 1 ff. der verbundenen Akte 17 O 71/11 LG Saarbrücken) ist die Strukturmaßnahme, nämlich die Verschmelzung der IDS Scheer AG auf die Antragsgegnerin, entgegen der Auffassung der Antragsgegnerin ausreichend bezeichnet. Zutreffend weist die Antragsgegnerin darauf hin, dass es die erforderliche Angabe zur Art der Strukturmaßnahme ermöglichen soll, die konkrete, dem Antrag zugrunde liegende Strukturmaßnahme zu individualisieren und den Verfahrensgegenstand festzulegen. Dem ist aber mit den vorstehend dargelegten Angaben, die in dem Antrag enthalten sind, genügt. Soweit die Antragsgegnerin meint, darüber hinaus sei auch noch die Angabe des Datums der Hauptversammlung, die über die Strukturmaßnahme beschlossen hat, anzugeben, legt sie überspannte, sich weder aus dem Wortlaut noch aus dem Sinn und Zweck des § 4 Abs. 2 Satz 2 Nr. 3 SpruchG ergebende Anforderungen zugrunde. Vielmehr ist es ausreichend, wenn die konkrete Strukturmaßnahme durch Auslegung eindeutig ermittelt werden kann, wobei selbst eine Falschbezeichnung unschädlich ist; die Bezeichnung der für eine Handelsregisteranmeldung vorgeschriebenen Daten kann hingegen nicht verlangt werden (vgl. OLG Stuttgart NZG 2004, 1162, 1164; OLG Frankfurt NZG 2006, 667, 670; MüKoAktG/Kubis, 5. Aufl., § 4 SpruchG Rn. 16).

(4) Schließlich enthält auch die ebenfalls fristgerecht eingegangene Antragsschrift der Antragstellerinnen zu 46, 47 und 48 vom 21.03.2011 (Bl. 1 ff. der verbundenen Akte 17 O 81/11 LG Saarbrücken) entgegen der Auffassung der Antragsgegnerin hinreichende, den Anforderungen des § 4 Abs. 2 Satz 2 Nr. 4 Satz 1 SpruchG genügende Bewertungsrügen. Die dortigen Ausführungen beschränken sich nicht auf lediglich pauschale, formelhafte Wendungen. Vielmehr wird konkret gerügt, dass bei der Bewertung der IDS Scheer AG keine Ausgleichskapitalisierung als Untergrenze für die dem Austausch zugrunde liegenden Werte ermittelt worden sei, wobei die Antragsteller zu ihren Gunsten einen den Ertragswert der Aktie der IDS Scheer AG deutlich übersteigenden kapitalisierten Ausgleichwert, der ihrer Auffassung zufolge als Untergrenze für die dem Austauschverhältnis zugrunde liegenden Werte zu berücksichtigen sei, errechnen. Darüber hinaus rügen sie unter Bezugnahme auf Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs konkret, dass sie jedenfalls nicht mit einem schlechteren Verhältnis als demjenigen der Börsenkurse

der beiden Unternehmen hätten abgefunden werden dürfen. Damit haben auch diese Antragstellerinnen konkret angegeben, warum sie das im Verschmelzungsvertrag festlegte Umtauschverhältnis nicht als angemessen ansehen.

2. Mit Recht hat das Landgericht die Anträge der Antragsteller, soweit sie zulässig sind, auch als begründet erachtet und auf deren Anträge gemäß § 15 Abs. 1 UmwG eine bare Zuzahlung in Höhe von 7,22 € je Aktie der IDS Scheer AG festgesetzt.

a) Nach § 15 Abs. 1 UmwG kann bei einer Verschmelzung durch Aufnahme (§ 2 Nr. 1, §§ 4 ff. UmwG) jeder Anteilsinhaber des übertragenden Rechtsträgers einen Ausgleich durch bare Zuzahlung verlangen, wenn das in dem Verschmelzungsvertrag festgelegte Umtauschverhältnis der Anteile (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 UmwG) zu niedrig bemessen ist, wobei die angemessene Zuzahlung auf Antrag durch das Gericht bestimmt wird.

Das im Verschmelzungsvertrag festgelegte Umtauschverhältnis ist dann zu niedrig bemessen, wenn der Wert der Anteile am übertragenden Rechtsträger nicht in etwa dem Wert der ersatzweise zugeteilten Anteile am übernehmenden Rechtsträger entspricht, sondern darüber liegt. Um angemessen zu sein, muss das Umtauschverhältnis annähernd identisch sein mit dem Verhältnis der auf die jeweils ausgegebenen Anteile bezogenen Unternehmenswerte. Maßgeblich ist daher eine Ermittlung der Unternehmenswerte der übernehmenden und der übertragenden Gesellschaft. Hierzu hat das Gericht den Wert der Unternehmen unter Berücksichtigung anerkannter betriebswirtschaftlicher Erkenntnisse im Wege der Schätzung gemäß § 287 Abs. 2 ZPO zu ermitteln und anschließend unter Berücksichtigung der jeweils ausgegebenen Anteile ins Verhältnis zu setzen. Weicht das im Verschmelzungsvertrag festgesetzte Umtauschverhältnis von der rechtlich zulässigen Relation ab, ist eine entsprechende Korrektur mittels einer baren Zuzahlung herbeizuführen (vgl. OLG Frankfurt, Beschl. v. 01.03.2016 – 21 W 22/13, BeckRS 2016, 9636 Rn. 55 m. w. N.).

Bestimmungen, nach welcher Methode der Wert der Unternehmen zu schätzen ist, enthält weder das Grundgesetz noch das einfache Gesetz (vgl. BGHZ 207, 114 ff.

27

– juris Rn. 12 zu § 327f Satz 2 AktG). Bei der Nachprüfung des Umtauschverhältnisses ist zu berücksichtigen, dass das in der Aktie verkörperte Anteilseigentum durch Art. 14 Abs. 1 GG geschützt ist. Verliert der Minderheitsaktionär seine mitgliedschaftliche Stellung in der Aktiengesellschaft oder wird er hierin durch eine Strukturmaßnahme in relevantem Maße eingeschränkt, muss er für den Verlust seiner Rechtsposition und die Beeinträchtigung seiner vermögensrechtlichen Stellung wirtschaftlich voll entschädigt werden, wobei die Entschädigung den „wirklichen" oder „wahren" Wert des Anteilseigentums widerzuspiegeln hat (vgl. BVerfG, Beschl. v. 26.04.2011 – 1 BvR 2658/10, juris Rn. 21; Beschl. v. 24.05.2012 – 1 BvR 3221/10, juris Rn. 21). Da der Minderheitsaktionär jedenfalls nicht weniger erhalten darf, als er bei einer freien Deinvestitionsentscheidung zum Zeitpunkt der Maßnahme erhalten hätte, muss bei Ermittlung des Umtauschverhältnisses ein existierender Börsenkurs der übertragenden Gesellschaft regelmäßig als Untergrenze für den anteiligen Wert dieser Gesellschaft Berücksichtigung finden (vgl. BVerfG, Beschl. v. 26.04.2011 – 1 BvR 2658/10, juris Rn. 21; OLG Frankfurt, a. a. O.).

Diese Grundsätze gelten nicht nur für die Fälle eines Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrags sowie einer Eingliederung, sondern auch in dem hier gegebenen Fall einer Verschmelzung durch Aufnahme (vgl. BVerfG, Beschl. v. 26.04.2011 – 1 BvR 2658/10, juris Rn. 22; Beschl. v. 24.05.2012 – 1 BvR 3221/10, juris Rn. 23). So verhält es sich jedenfalls dann, wenn es – wie hier – nicht um die Verschmelzung bislang unabhängiger, sondern um die Verschmelzung konzernverbundener Unternehmen geht (vgl. OLG München, Beschl. v. 26.07.2012 – 31 Wx 250/11, juris Rn. 28 f.).

Bei der Überprüfung des Umtauschverhältnisses ist das Gericht – wovon das Landgericht entgegen der Auffassung der Antragsgegnerin zutreffend ausgegangen ist – auch nicht an das von den Verschmelzungspartnern vertraglich vereinbarte Ertragswertverfahren gebunden. Vielmehr kann im Einzelfall auch eine marktorientierte Methode anhand der Börsenkurse eine geeignete und vertretbare Schätzmethode zur Ermittlung des Werts eines Unternehmens darstellen (vgl. BVerfG, Beschl. v. 26.04.2011 – 1 BvR 2658/10, juris Rn. 23 ff.; OLG Frankfurt, Beschl. v. 03.09.2010 – 5 W 57/09, juris Rn. 30 ff.; OLG Frankfurt, Beschl. v.

01.03.2016 – 21 W 22/13, BeckRS 2016, 9636 Rn. 55; OLG München, Beschl. v. 26.07.2012 – 31 Wx 250/11, juris Rn. 24). Die Wertermittlung anhand des Börsenkurses kommt lediglich dann nicht in Betracht, wenn er den Verkehrswert der Aktie nicht widerspiegelt. Das ist in Fällen der Marktenge im Handel einer Aktie, bei Anzeichen einer gezielten Pflege des Aktienkurses in Ansehung der bevorstehenden Strukturmaßnahme oder bei unzureichender Information des Marktes wegen eines Verstoßes gegen Mittelungspflichten anzunehmen (vgl. BVerfG, Beschl. v. 26.04.2011 – 1 BvR 2658/10, juris Rn. 25; OLG Frankfurt, Beschl. v. 03.09.2010 – 5 W 57/09, juris Rn. 111 f.).

b) Nach diesen Maßstäben sind im vorliegenden Fall – worauf der Senat mit Verfügung vom 20.12.2022 (Bl. 2693 ff. d. A.) hingewiesen hat – in Übereinstimmung mit der Auffassung des Landgerichts auch unter Berücksichtigung der vom Senat durchgeführten Beweisaufnahme für die Bemessung des Umtauschverhältnisses der Aktien der IDS Scheer AG in solche der Antragsgegnerin die Börsenkurse beider Unternehmen zugrunde zu legen, da sich diese Methode gegenüber der im Verschmelzungsvertrag vereinbarten Ertragswertmethode als überlegen erweist.

aa) Die marktorientierte Methode ist regelmäßig eine geeignete Schätzmethode zur Ermittlung des Werts eines Unternehmens (vgl. OLG Frankfurt, Beschl. v. 03.09.2010 – 5 W 57/09, juris Rn. 52). Deren wichtigste Erscheinungsform ist bei – wie im vorliegenden Fall – börsennotierten Unternehmen die Ableitung des Unternehmenswerts aus (realen) Börsenkursen. Im Kurs der Aktie eines börsennotierten Unternehmens spiegelt sich die beobachtbare Wertschätzung der Marktteilnehmer für die Aktie in einer freien Marktwirtschaft wider (vgl. OLG Frankfurt, a. a. O., Rn. 53). Geht es um die Bewertung eines Anteils an einer börsennotierten Aktiengesellschaft, ist es daher unmittelbar plausibel, den Börsenkurs als hierfür relevanten Marktpreis heranzuziehen (vgl. OLG Frankfurt, a. a. O., Rn. 58).

bb) Die Ertragswertmethode ist einer Bewertung nach Börsenkursen demgegenüber nicht in einer solchen Weise überlegen, dass allein sie als die richtige Methode zur Ermittlung des Werts eines Unternehmens und damit des

29

wahren Werts des Anteils des Aktionärs an diesem angesehen werden könnte (vgl. Koch, AktG, 16. Aufl., § 305 Rn. 39). Denn auch sie beruht auf der subjektiven Grundlage prognostischer Schätzungen und führt deshalb nicht per se zu zuverlässigeren Ergebnissen als die Marktbewertung (vgl. BVerfG, Beschl. v. 16.05.2012 – 1 BvR 96/09, 117/09, 118/09, 128/09, juris Rn. 25; OLG Frankfurt, a. a. O., juris Rn. 120 ff.; Koch, a. a. O.). Kern der Ertragswertmethode ist die Diskontierung der prognostizierten zukünftigen Erträge eines Unternehmens mittels eines bestimmten Kapitalisierungszinssatzes nach der Rentenformel auf einen Gegenwartswert, wobei die zukünftigen Erträge aufgrund der bisherigen Erträge, der Unternehmensplanungen und der allgemeinen Einschätzung der Zukunft nur geschätzt werden können, was allerdings mit erheblichen Unsicherheiten behaftet ist (vgl. Emmerich in: Emmerich/Habersack, Aktien- und GmbH-Konzernrecht, 9. Aufl., § 305 AktG Rn. 41a). Auch der Kapitalisierungszinsfuß als entscheidender Parameter der Ertragswertmethode setzt sich aus der Schätzung unterliegenden Größen, nämlich üblicherweise aus einem Basiszinssatz, einem Risikozuschlag (als Produkt aus der sogenannten Marktrisikoprämie und dem sogenannten Betafaktor) und einem Wachstumsabschlag zusammen (vgl. Emmerich, a. a. O.).

cc) Diese Unsicherheiten, mit denen die Ermittlung der Unternehmenswerte zweier Gesellschaften im Falle der Verschmelzung nach der Ertragswertmethode und damit die Nachprüfung der Angemessenheit des Umtauschverhältnisses der Aktien behaftet sind, treten im vorliegenden Fall augenscheinlich zutage. Der vom Senat beauftragte Sachverständige ist in seinem Gutachten vom 16.08.2017 (S. 47 ff.) zu dem Ergebnis gelangt, dass die von in deren Bewertungsgutachten vom 19. Mai 2010 nach der Ertragswertmethode ermittelten Unternehmenswerte insbesondere bezüglich der Antragsgegnerin bei der für die ewige Rente unterstellten EBIT-Marge einer Verplausibilisierung mit Branchenwerten bzw. Durchschnittswerten der Peer Group (also vergleichbaren Unternehmen) nicht standhalte, sondern aufgrund der signifikanten Abweichung der von der Bewertungsgutachterin für die Ertragswertermittlung der Antragsgegnerin für die ewige Rente unterstellten EBIT-Marge in Höhe von 40,2% zu der durchschnittlichen EBIT-Marge der Peer Group in Höhe von 16,5% die Ertragswertberechnung korrekturbedürftig sei. Zudem seien bei beiden Unternehmen abweichende Wachstumsabschläge im

Kapitalisierungszinssatz angesetzt (IDS Scheer AG: 1,5%; Antragsgegnerin: 1,25%), obwohl beide Unternehmen derselben Branche angehörten und sachgerechte Gründe für abweichende Wachstumsabschläge nicht angeführt seien. In seinem – nach umfangreichen Einwendungen der Antragsgegnerin hiergegen (vgl. Schriftsatz der Prozessbevollmächtigten der Antragsgegnerin vom 08.12.2017, Bl. 2159 ff. d. A.) – aufgrund des Beweisbeschlusses des Senats vom 12.01.2018 erstellten Ergänzungsgutachten vom 25.05.2021 hat der Sachverständige an dieser Einschätzung festgehalten und unter Berücksichtigung dessen zum Bewertungsstichtag (08.07.2010) einen Unternehmenswert der Antragsgegnerin in Höhe von 2.219,4 Mio. € bzw. einen anteiligen Unternehmenswert von 77,29 € errechnet. Dies wiederum greift die Antragsgegnerin mit Schriftsatz ihrer Prozessbevollmächtigten vom 08.10.2021 (Bl. 2524 ff. d. A.) an, wobei sie sich die Ausführungen des von ihr beauftragten Sachverständigen in dessen 65-seitiger gutachterlicher Stellungnahme vom 07.10.2021 (Bl. 2552 ff. d. A.) zu eigen macht und meint, die beiden Gutachten des gerichtlich beauftragten Sachverständigen seien unbrauchbar. Fazit all dessen ist, dass die Bewertungsgutachterin, der gerichtliche Sachverständige und der private Sachverständige – neben dem gerichtlichen Sachverständigen vorgeworfenen finanzmathematischen Fehlern – aufgrund komplexer Berechnungen und unterschiedlicher Bewertungen zu voneinander differierenden Ergebnissen der Bemessung des Ertragswerts der Antragsgegnerin zum maßgeblichen Bewertungsstichtag gelangen, ohne dass der Senat aufgrund mangelnder eigener Sachkunde derzeit ohne weitere Sachaufklärung beurteilen könnte, welcher Unternehmenswert der Antragsgegnerin nach der Ertragswertmethode einer Berechnung des Umtauschverhältnisses der Aktien der IDS Scheer AG in solche der Antragsgegnerin zugrunde zu legen wäre. Der von einer weiteren Beweisaufnahme, insbesondere einer mündlichen Anhörung des Sachverständigen , einer Vernehmung des als sachverständigem Zeugen und gegebenenfalls einer Einholung eines weiteren Sachverständigengutachtens zu erwartende Erkenntnisgewinn stünde aber zur Überzeugung des Senats außer Verhältnis zu dem hiermit verbundenen, schon bislang ganz erheblichen zeitlichen und kostenmäßigen Aufwand (vgl. zur Berücksichtigung dieses Aspekts in einem Spruchverfahren: OLG Frankfurt, Beschl. v. 03.09.2010 – 5 W 57/09, juris Rn. 128; Beschl. v. 20.12.2013 – 21 W 40/11, juris

Rn. 48; Beschl. v. 01.03.2016 – 21 W 22/13, BeckRS 2016, 9636 Rn. 61) und würde zudem – nach rund zwölfjähriger Dauer des Verfahrens, von denen allein circa zehn Jahre auf das Beschwerdeverfahren, hiervon rund sechs Jahre auf die Erstellung der beiden Gutachten des Sachverständigen entfallen – dem verfassungsrechtlichen Gebot effektiven Rechtsschutzes kaum noch genügen (vgl. BVerfG, Beschl. v. 16.05.2012 – 1 BvR 96/09, 117/09, 118/09, 128/09, juris Rn. 26).

dd) Schließlich hält der Senat die Schätzung der Werte der beiden Unternehmen anhand ihrer Börsenwerte statt anhand ihrer Ertragswerte im vorliegenden Fall auch deshalb für vorzugswürdig, weil es sich nicht um die Verschmelzung zweier unabhängiger Unternehmen, sondern – infolge des vorangegangenen Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrags – um die Verschmelzung von konzernverbundenen Unternehmen handelt, so dass im Ausgangspunkt der für eine Beherrschungssituation typische Interessengegensatz zwischen den Minderheitsaktionären der IDS Scheer AG und der Antragsgegnerin als herrschendem Unternehmen bestand und die Antragsgegnerin in der Lage war, das Umtauschverhältnis zu Lasten der außenstehenden Aktionäre zu verschieben (vgl. OLG München, Beschl. v. 26.07.2012 – 31 Wx 250/11, juris Rn. 28; Adolff/Häller in: Fleischer/Hüttemann, Handbuch der Unternehmensbewertung, 2. Aufl., Börsenkurs und Unternehmensbewertung Rn. 22.20). In einem solchen Fall kann es zur Wahrung der Eigentumsrechte der Minderheitsaktionäre gerechtfertigt sein, den Börsenwert der übertragenden Gesellschaft als Untergrenze für deren Bewertung heranzuziehen (vgl. OLG München, a. a. O., juris Rn. 29). Dem steht nicht entgegen, dass auch die Anteilsinhaber des aufnehmenden Rechtsträgers den Schutz ihres Eigentums gemäß Art. 14 Abs. 1 GG in Anspruch nehmen können. Die Eigentumsrechte der Aktionäre des herrschenden Unternehmens haben insoweit zurückzustehen. Denn das Vorliegen einer Beherrschungssituation rechtfertigt es, denjenigen, in dessen Interesse der Vertrag geschlossen wird, mit dem Risiko einer sachgerechten Bewertung zu belasten und ihm zum Schutz des Eigentums derjenigen Anteilsinhaber, deren Interessen aufgrund der Beherrschungssituation durch die Maßnahme gefährdet sind, eine Bemessung des Umtauschverhältnisses anhand der Börsenkursrelation aufzuerlegen (vgl. OLG München, a. a. O.; OLG Frankfurt, Beschl. v. 01.03.2016 – 21 W 22/13, BeckRS 2016, 9636 Rn. 79).

c) Der Börsenwert ist grundsätzlich aufgrund eines nach Umsatz gewichteten Durchschnittskurses innerhalb eines Referenzzeitraums von drei Monaten vor Bekanntgabe der beabsichtigten Strukturmaßnahme zu ermitteln (vgl. BGHZ 186, 229 ff. – juris Rn. 10; OLG München, Beschl. v. 26.07.2012 – 31 Wx 250/11, juris Rn. 31; OLG Frankfurt, Beschl. v. 01.03.2016 – 21 W 22/13, BeckRS 2016, 9636 Rn. 67). Da zwischen der Bekanntgabe der Verschmelzungsabsicht am 03.02.2010 und der Beschlussfassung über die Verschmelzung in der Hauptversammlung der IDS Scheer AG vom 08.07.2010 kein längerer Zeitraum lag (vgl. BGHZ 186, 229 ff. – juris Rn. 29 f.: 7 ½ Monate), besteht kein Anlass für eine Anpassung des Durchschnittskurses. Der gewichtete durchschnittliche Börsenkurs in dem danach maßgeblichen Referenzzeitraum von drei Monaten vor Bekanntgabe der Verschmelzungsabsicht am 03.02.2010 (03.11.2009 bis 02.02.2010) belief sich – wie das Landgericht zutreffend angenommen hat und was von der Antragsgegnerin mit der Beschwerde auch nicht angegriffen wird – bei der IDS Scheer AG auf 16,28 € je Aktie und bei der Antragsgegnerin auf 74,67 € je Aktie (jeweils nach BAFin).

d) Das Landgericht hat der Überprüfung der Angemessenheit des Umtauschverhältnisses zutreffend zunächst den vorgenannten Börsenkurs der IDS Scheer AG von 16,28 € je Aktie zugrunde gelegt. Dieser Börsenkurs war zur Überzeugung des Senats aussagekräftig und spiegelte den wahren Wert des Unternehmens wider. Entgegen der Behauptung der Antragsgegnerin bestand weder eine Marktenge noch war der Börsenkurs im maßgeblichen Referenzzeitraum durch Abfindungsspekulationen derart beeinflusst, dass er nicht mehr dem tatsächlichen Wert der IDS Scheer AG entsprochen hätte.

aa) Der Börsenwert ist dann nicht als geeignete Schätzgrundlage heranzuziehen, wenn auf dem zu betrachtenden Kapitalmarkt praktisch kein Handel stattgefunden hat, also eine Marktenge besteht, so dass die außenstehenden Aktionäre während der Referenzperiode überhaupt keine Chance gehabt hätten, ihre Aktien zu dem Börsenkurs tatsächlich zu veräußern, wenn Anzeichen für eine Kursmanipulation oder sonst auffällige Kursanomalien, etwa für eine gezielte Pflege des Kurses der Aktie in Ansehung der bevorstehenden Strukturmaßnahme erkennbar sind oder wenn eine unzureichende Information des Marktes wegen Verstoßes gegen Mitteilungspflichten naheliegt (vgl. BVerfG, Beschl. v. 26.04.2011 – 1 BvR 2658/10, juris Rn. 25; OLG Frankfurt, Beschl. v. 03.09.2010 – 5 W 57/09, juris Rn. 112;

Beschl. v. 01.03.2016 – 21 W 22/13, BeckRS 2016, 9636 Rn. 81; OLG München, Beschl. v. 26.07.2012 – 31 Wx 250/11, juris Rn. 32; Emmerich, a. a. O., § 305 AktG Rn. 48; Adolff/Häller, a. a. O., Rn. 22.19).

bb) Solche Umstände lagen hier nicht vor.

aaa) Eine Marktenge war in Bezug auf die Aktien der IDS Scheer AG – wie der Sachverständige in seinem Gutachten vom 16.08.2017 nachvollziehbar und überzeugend ausgeführt hat – nicht gegeben. Danach hatten die Minderheitsaktionäre der IDS Scheer AG im maßgeblichen dreimonatigen Referenzzeitraum durchaus die Möglichkeit, ihre Aktien zu veräußern. In der Zeit vom 03.11.2009 bis zum 02.02.2010 wurden 925.100 Aktien der IDS Scheer AG gehandelt, was bei einer Gesamtzahl von 32.273.250 Stückaktien rund 2,9% der ausgegebenen Aktien entspricht. Bei 65 Börsentagen in diesem Zeitraum errechnet sich ein durchschnittliches Handelsvolumen von 14.232 Stückaktien pro Börsentag. Allein im elektronischen Handelssystem Xetra belief sich der Median des täglichen Handelsvolumens auf 6.850 Aktien der IDS Scheer AG pro Tag. Dies spricht auch für eine ausreichende Liquidität der Aktie. Hiergegen hat die Antragsgegnerin auch nichts mehr erinnert. Ebenso wenig lagen – was die Antragsgegnerin auch nicht geltend gemacht hat – Anzeichen für eine Kursmanipulation oder für ein Informationsdefizit des Marktes aufgrund eines Verstoßes gegen Mitteilungspflichten vor.

bbb) Entgegen der Behauptung der Antragsgegnerin war der Börsenkurs der IDS Scheer AG im maßgeblichen dreimonatigen Referenzzeitraum vor Bekanntgabe der Verschmelzungsabsicht auch nicht durch Abfindungsspekulationen derart beeinflusst, dass er nicht mehr den wahren Wert der Aktie widergespiegelt hätte.

Der Berücksichtigung des Börsenkurses der IDS Scheer AG als Untergrenze der für die Bestimmung des Umtauschverhältnisses erforderlichen Bewertung dieses Unternehmens steht nicht entgegen, dass dieser in dem dem maßgeblichen Referenzzeitraum vom 03.11.2009 bis zum 02.02.2010 vorangegangenen Zeitraum im Zusammenhang mit der am 13.07.2009 erfolgten Bekanntgabe des freiwilligen

öffentlichen Übernahmeangebots der an die Aktionäre der IDS Scheer AG beeinflusst worden ist.

aaaa) Zwar verzeichnete die Aktie der IDS Scheer AG – wie der Sachverständige in seinem Gutachten vom 16.08.2017 (S. 23 ff.) dargelegt hat – infolge der Ad-hoc-Mitteilung vom 13.07.2009 am 14.07.2009 im Xetra-Handel einen deutlichen Kurssprung auf 14,95 € (von 10,80 € am 13.07.2009), also um 38,4% und damit zugleich auf einen Wert, der in den vorangegangenen 18 Monaten nicht erreicht worden war. Auch war der Börsenkurs aufgrund der anschließenden Veröffentlichung des konkreten Übernahmeangebots in Höhe von 15,-- € am 17.08.2009 bis zum Ablauf von dessen (gesetzlicher) Annahmefrist am 07.10.2009 nach unten abgesichert, weil in dieser Zeit kein Aktionär bereit gewesen sein dürfte, seine Aktien zu einem geringeren Preis zu verkaufen. Zudem war das Handelsvolumen der Aktie der IDS Scheer AG an den deutschen Handelsplätzen in dem Zeitraum von drei Monaten nach Bekanntgabe des freiwilligen öffentlichen Übernahmeangebots etwa doppelt so hoch wie in dem Dreimonatszeitraum davor. Nach der am 28.09.2009 erfolgten Bekanntgabe der Absicht des Abschlusses eines Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrags zwischen der und der IDS Scheer AG überstieg der Börsenkurs der IDS Scheer AG am 28.09.2009 zunächst geringfügig den Wert von 15,-- € (15,32 €) und erreichte nach kontinuierlichen Anstiegen mit kleineren Schwankungen ab dem 25.11.2009 Werte über 16,-- € sowie am 02.02.2010 schließlich den Wert von 17,-- € (vgl. Anlage 4a zum Gutachten des Sachverständigen vom 16.08.2017).

bbbb) Dies steht jedoch der Berücksichtigung des gewichteten durchschnittlichen Börsenkurses der IDS Scheer AG im maßgeblichen Referenzzeitraum vom 03.11.2009 bis zum 02.02.2010 als Untergrenze für den Wert einer Aktie der IDS Scheer AG nicht entgegen. Das gilt unabhängig davon, ob – wie insbesondere der gemeinsame Vertreter meint – der von dem Sachverständigen aus den vorstehend dargelegten Umständen gezogene Schluss, dieser Börsenkurs sei aufgrund seiner signifikanten Beeinflussung durch die Strukturmaßnahmen und damit einhergehender Ausgleichs- und Abfindungsspekulationen für die Bestimmung des Unternehmenswerts der IDS Scheer AG bzw. die Ermittlung des Verkehrswerts ihrer Aktie „wenig aussagekräftig", schon aus wissenschaftlicher

Sicht nicht haltbar ist, weil hierbei die negative Beeinflussung des Börsenkurses der IDS Scheer AG durch die Finanzkrise der Jahre 2008/2009, vor der sich die Aktie der IDS Scheer AG in einem Zeitraum von vier Jahren (2004 bis 2007) bereits auf einem ähnlich hohen Niveau wie nach dem Kursanstieg am 14.07.2009 bewegt hatte, die Unterbewertung der Aktie nach Beginn ihres schon vor dem 14.07.2009 zu verzeichnenden Aufwärtstrends und die ohnehin zu erwartende Erholung des Kurses der Aktie nicht ausreichend berücksichtigt worden seien. Denn selbst wenn man davon ausgeht, dass der Börsenkurs der IDS Scheer AG auch noch im maßgeblichen Referenzzeitraum durch das Übernahmeangebot vom 13.07.2009 und die nachfolgende Bekanntgabe der Absicht des Abschlusses eines Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrags sowie dessen Abschluss beeinflusst wurde, steht dies der Berücksichtigung des gewichteten durchschnittlichen Börsenkurses der IDS Scheer AG in dem dreimonatigen Referenzzeitraum vor Bekanntgabe der Verschmelzungsabsicht als Untergrenze für die Bemessung des Werts der Aktie nicht entgegen.

(1) Insoweit hat das Oberlandesgericht München in einem vergleichbaren Fall der Konzernverschmelzung zweier börsennotierter Unternehmen, der ein freiwilliges öffentliches Übernahmeangebot zu einem festen Preis je Aktie und ein wenige Monate später abgeschlossener Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag mit einem festen Ausgleich und einer festgelegten Barabfindung vorausgegangen waren, ausgeführt, der Berücksichtigung des Börsenkurses der übertragenden Gesellschaft als Untergrenze für deren Bewertung stehe nicht entgegen, dass dieser wegen des freiwilligen öffentlichen Übernahmeangebots und wegen des Abfindungsangebots aufgrund des Beherrschungsvertrags nach unten abgesichert gewesen und im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen auch deutlich gestiegen sei. Das ändere nichts daran, dass bei einer weiteren Strukturmaßnahme – hier der Verschmelzung – nicht außer Acht gelassen werden könne, dass die Minderheitsaktionäre zu diesem, gegebenenfalls durch vorhergehende Strukturmaßnahmen beeinflussten Kurs ihre Aktien hätten verkaufen können. Insofern liege der Fall nicht anders als bei einem Ausschluss der Minderheitsaktionäre nach vorhergehendem Beherrschungsvertrag (vgl. OLG München, Beschl. v. 26.07.2012 – 31 Wx 250/11, juris Rn. 33). Dieser Auffassung schließt sich der Senat an. Soweit der Sachverständige in seinem

Ergänzungsgutachten vom 25.05.2021 (S. 43 f.) meint, der vom Oberlandesgericht München entschiedene Fall sei mit dem vorliegenden Fall schon deshalb nicht vergleichbar, weil zwischen dem freiwilligen öffentlichen Übernahmeangebot und dem Beherrschungsvertrag im Fall des Oberlandesgerichts München ein Zeitraum von rund 16 Monaten, im vorliegenden Fall aber nur ein Zeitraum von etwa drei Monaten gelegen hätte, trifft dies – worauf der Senat mit Verfügung vom 20.12.2022 (Bl. 2693 ff. d. A.) hingewiesen hat – nicht zu. Ausweislich der Gründe des vorgenannten Beschlusses des Oberlandesgerichts München lag dort zwischen dem freiwilligen öffentlichen Übernahmeangebot (16.12.2005) und dem Beherrschungsvertrag (21.04.2006) ein Zeitraum von rund vier Monaten. Die Annahme des Sachverständigen, der Beherrschungsvertrag sei in jenem Fall erst am 21.04.2007 abgeschlossen worden, beruht – wie sich aus den in dem Beschluss getroffenen Feststellungen (vgl. OLG München, a. a. O., juris Rn. 2: Beherrschungsvertrag am 21.04.2006 geschlossen) und aus dem Sinnzusammenhang der insoweit relevanten Ausführungen im Rahmen der rechtlichen Würdigung (vgl. OLG München, a. a. O., juris Rn. 33) eindeutig ergibt – auf einem dem Oberlandesgericht München im Rahmen seiner rechtlichen Würdigung offenkundig unterlaufenen Schreibfehler. Die Auffassung des Oberlandesgerichts München steht auch im Einklang mit der übrigen höchst- und obergerichtlichen Rechtsprechung.

(2) So ist der Bundesgerichtshof bereits in seinem Beschluss vom 12.03.2001 (Az.: II ZB 15/00, juris Rn. 29) der im Schrifttum vertretenen Auffassung, „Abfindungsspekulationen" müssten bei der Bestimmung eines aussagekräftigen Börsenkurses unberücksichtigt bleiben (vgl. Wilm NZG 2000, 234, 239), mit der Einschränkung beigetreten, das treffe nur insoweit zu, als sie auf Börsenkursmanipulationen beruhten. Entwickelten sich jedoch höhere Börsenpreise aufgrund der Erwartung der Marktteilnehmer, infolge des Abschlusses des Unternehmensvertrags eine günstige Abfindung erreichen zu können, beruhe das zum einen auf dem Marktgesetz, dass Angebot und Nachfrage die Preise bestimmen, und zum anderen darauf, dass darin die Einschätzung des Marktes über die zu erwartenden unechten und echten Synergieeffekte zum Ausdruck kommt. Aus diesen Gründen vermag der Senat auch der Auffassung des Sachverständigen in seinem Gutachten vom 16.08.2017 (S. 30),

37

aufgrund der Bekanntgabe des freiwilligen öffentlichen Übernahmeangebots vom 13.07.2009 sei die Kursentwicklung der Aktie der IDS Scheer AG von den „damit einhergehenden Abfindungsspekulationen signifikant beeinflusst und der freien Marktentwicklung (Zusammenspiel von Angebot und Nachfrage) weitgehend entzogen" gewesen, nicht beizutreten, weil er insoweit einen unzutreffenden rechtlichen Maßstab zugrunde legt. Träfe die Auffassung des Sachverständigen zu, so hätte es im Übrigen jede börsennotierte Aktiengesellschaft, die die Verschmelzung mit einer anderen börsennotierten Aktiengesellschaft im Wege der Aufnahme beabsichtigt, in der Hand, durch ein gestuftes Vorgehen (freiwilliges öffentliches Übernahmeangebot an die Aktionäre des übertragenden Rechtsträgers, anschließender Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag, sodann Verschmelzung) den Minderheitsaktionären des übertragenden Rechtsträgers die Möglichkeit der Bemessung des Werts ihrer Aktien anhand von deren Börsenwert zu nehmen. Das würde der ihrem in der Aktie verkörperten Anteilseigentum durch Art. 14 Abs. 1 GG zugute kommenden Schutzwirkung nicht gerecht.

(3) Ferner hat der Bundesgerichtshof für den vom Oberlandesgericht München zu Recht als vergleichbar angesehenen Fall des Ausschlusses von Minderheitsaktionären nach vorangegangenem Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag entschieden, dass auch bei der zum Schutz der Minderheitsaktionäre gebotenen Berücksichtigung des Börsenwerts der Wert des Anteils nicht unabhängig vom Wert des Unternehmens ermittelt werde. Denn die Berücksichtigung des Börsenwerts beruhe auf der Annahme, dass die Marktteilnehmer auf der Grundlage der ihnen zur Verfügung gestellten Informationen und Informationsmöglichkeiten die Ertragskraft des Unternehmens, um dessen Aktien es geht, zutreffend bewerten und sich die Marktbewertung im Börsenkurs der Aktien niederschlägt. Dieser Gleichlauf zwischen dem Wert des einzelnen Anteils und dem anteiligen Unternehmenswert sei auch dann gegeben, wenn ein Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag geschlossen wurde. Der Wert des Anteils des (außenstehenden) Minderheitsaktionärs habe sich durch den Unternehmensvertrag nicht vollständig vom Unternehmenswert abgekoppelt (vgl. BGH, Beschl. v. 12.01.2016 – II ZB 25/14, juris Rn. 23 f.).

(4) Im Einklang hiermit hat das Oberlandesgericht Frankfurt wiederum für den Fall der Geltendmachung einer baren Zuzahlung nach Verschmelzung entschieden, dass die Beeinflussung des Börsenkurses durch ein vorangegangenes freiwilliges öffentliches Übernahmeangebot der Heranziehung des Börsenkurses als Untergrenze nicht entgegenstehe, da gerade das öffentliche Übernahmeangebot die tatsächliche Möglichkeit der Minderheitsaktionäre, ihre Aktien zu dem im Referenzzeitraum nach oben getriebenen Aktienkurs zu verkaufen, bestätige. Diese Kursbeeinflussung beruhe auch nicht auf der zur Abfindung berechtigenden Maßnahme, sondern auf dem von der Antragsgegnerin betriebenen Erwerb der Mehrheitsbeteiligung. Es sei nicht ersichtlich, warum die Minderheitsaktionäre an dem insoweit von der Antragsgegnerin hoch getriebenen Aktienkurs, welcher tatsächlich zu realisieren gewesen wäre, nicht partizipieren sollten (vgl. OLG Frankfurt, Beschl. v. 01.03.2016 – 21 W 22/13, BeckRS 2016, 9636 Rn. 8). Auch diesen zutreffenden Erwägungen schließt sich der Senat an und stützt seine Auffassung, dass der Berücksichtigung des Börsenkurses der IDS Scheer AG als Untergrenze der für die Bestimmung des Umtauschverhältnisses erforderlichen Bewertung dieses Unternehmens nicht entgegensteht, dass dieser in dem dem maßgeblichen Referenzzeitraum vom 03.11.2009 bis zum 02.02.2010 vorangegangenen Zeitraum im Zusammenhang mit der am 13.07.2009 erfolgten Bekanntgabe des freiwilligen öffentlichen Übernahmeangebots der an die Aktionäre der IDS Scheer AG und die nachfolgende Bekanntgabe der Absicht des Abschlusses eines Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrags sowie dessen Abschluss beeinflusst worden ist, hierauf.

(5) Die Überzeugung des Senats davon, dass der gewichtete durchschnittliche Börsenkurs der IDS Scheer AG im maßgeblichen Referenzzeitraum von drei Monaten vor Bekanntgabe der Verschmelzungsabsicht am 03.02.2010 (03.11.2009 bis 02.02.2010) in Höhe von 16,28 € je Aktie durchaus aussagekräftig war und den wahren Wert des Unternehmens widerspiegelte, wird zudem dadurch gestützt, dass dieser Wert noch unter dem von der Bewertungsgutachterin Wirtschaftsprüfungsgesellschaft in ihrer Aktualitätserklärung vom 08.07.2010 aufgrund des Ertragswertverfahrens festgestellten Wert der Aktie der IDS Scheer AG von 17,24 € je Aktie und auch noch unter dem von dem Sachverständigen in dessen Ergänzungsgutachten vom 25.05.2021 (S. 42 und Anlage 8)

39

nach einer von ihm für erforderlich erachteten Korrektur des Wachstumsabschlags in der ewigen Rente von 1,5% auf 1,25% angenommenen Unternehmenswert von 16,70 € je Aktie lag. Bei dieser Sachlage kann keine Rede davon sein, dass der Wert von 16,28 € je Aktie deren wahren Wert übersteigt.

(6) Schließlich steht der Heranziehung des Börsenkurses der IDS Scheer AG entgegen der Auffassung der Antragsgegnerin in dem Schriftsatz ihrer Prozessbevollmächtigten vom 24.01.2023 nicht entgegen, dass dieser im maßgeblichen Referenzzeitraum – wie vorstehend unter (5) ausgeführt – unter dem ermittelten anteiligen Ertragswert der Aktie liegt. Aus dem Umstand, dass bei Ermittlung des Umtauschverhältnisses ein existierender Börsenkurs der übertragenden Gesellschaft aus verfassungsrechtlichen Gründen regelmäßig als Untergrenze für den anteiligen Wert dieser Gesellschaft Berücksichtigung finden muss (vgl. vorstehend unter 2. a)), folgt nämlich – anders als die Antragsgegnerin meint – nicht, dass ein Rückgriff auf die Börsenkurse ausgeschlossen ist, wenn der Börsenkurs der übertragenden Gesellschaft niedriger als ihr anteiliger Ertragswert ist. Einen dahingehenden Grundsatz, für den ein sachlicher Grund nicht ersichtlich wäre, hat auch das Oberlandesgericht München in seinem Beschluss vom 26.07.2012 (31 Wx 250/11) nicht aufgestellt.

e) Ebenfalls zutreffend hat das Landgericht der Überprüfung der Angemessenheit des Umtauschverhältnisses sodann den gewichteten durchschnittlichen Börsenkurs der Antragsgegnerin in dem dreimonatigen Referenzzeitraum vom 03.11.2009 bis zum 02.02.2010 in Höhe von 74,67 € je Aktie zugrunde gelegt.

aa) Zwar ist es von Verfassungs wegen nicht geboten, im Falle einer Verschmelzung durch Aufnahme zur Bestimmung der Angemessenheit des Umtauschverhältnisses stets sämtliche denkbaren Methoden heranzuziehen und die den Anteilsinhabern des übertragenden Rechtsträgers günstigste zugrunde zu legen (vgl. BVerfG, Beschl. v. 26.04.2011 – 1 BvR 2658/10, juris Rn. 24; OLG Frankfurt, Beschl. v. 20.12.2013 – 21 W 40/11, juris Rn. 50). Es besteht daher kein verfassungsrechtlich geschützter Anspruch der Aktionäre des übertragenden Rechtsträgers darauf, im Falle der Bemessung des Werts ihres Anteils nach dem Börsenkurs auch die Aktien des übernehmenden Rechtsträgers höchstens mit

deren Börsenkurs bei der Ermittlung der Relation zu berücksichtigen (vgl. BGH, Beschl. v. 12.03.2001 – II ZB 15/00, juris Rn. 30). Das schließt es jedoch nicht aus, dass auch der Börsenwert des übernehmenden Rechtsträgers grundsätzlich seinem Verkehrswert entspricht. Er bildet sich unter den gleichen Marktverhältnissen wie derjenige der übertragenden Gesellschaft (vgl. BGH, a. a. O., juris Rn. 31). Der Grundsatz der Methodengleichheit lässt es daher regelmäßig als angezeigt erscheinen, die Bewertung beider Unternehmen nach einheitlichen Kriterien vorzunehmen (vgl. BGH, a. a. O.: Hervorhebung der Schaffung möglichst gleicher Ausgangsvoraussetzungen für die Bestimmung der Wertrelation; OLG München, Beschl. v. 26.07.2012 – 31 Wx 250/11, juris Rn. 37; Koch, AktG, 16. Aufl., § 305 Rn. 47; Emmerich in: Emmerich/Habersack, Aktien- und GmbH-Konzernrecht, 9. Aufl., § 305 AktG Rn. 48a; Adolff/Häller, a. a. O., Rn. 18.88 ff., 22.24). Zum Nachweis, dass der Börsenwert des übernehmenden Rechtsträgers von seinem Verkehrswert abweicht, genügt allein ein (ertragswertbasiertes) Sachverständigengutachten über den Unternehmenswert grundsätzlich nicht; vielmehr bedarf es der Darlegung und des Beweises von Umständen, aus denen auf die Abweichung des Börsenkurses vom Verkehrswert zu schließen ist (vgl. BGH, a. a. O., juris Rn. 32). Das kann etwa die schlechte Verfassung der Kapitalmärkte sein, wobei sich dies nicht nur im Börsenkurs des übernehmenden Rechtsträgers, sondern auch in Kursen einschlägiger Indizes niedergeschlagen haben muss (vgl. BGH, a. a. O.).

bb) Ausgehend von diesen Maßstäben ist auch für die Bemessung des Unternehmenswerts der Antragsgegnerin deren Börsenkurs im maßgeblichen Referenzzeitraum zugrunde zu legen, da Anhaltspunkte dafür, dass dieser Wert nicht ihrem Verkehrswert entspricht, weder dargetan noch ersichtlich sind.

aaa) Allein der Umstand, dass die Bewertungsgutachterin Wirtschaftsprüfungsgesellschaft auf der Basis des Ertragswertverfahrens in ihrer gutachterlichen Stellungnahme vom 19.05.2010 den Unternehmenswert der Antragsgegnerin zum 08.07.2010 mit 138,95 € je Aktie und in ihrer Aktualitätserklärung vom 08.07.2010 mit 144,26 € je Aktie ermittelt hat, unter deren Zugrundelegung sich das im Verschmelzungsvertrag vom 20.05.2010 festgelegte, der Antragsgegnerin günstige Umtauschverhältnis errechnen würde, genügt – wie vorstehend ausgeführt – zum Nachweis, dass der Börsenwert der Antragsgegnerin

im maßgeblichen Referenzzeitraum in Höhe von 74,67 € je Aktie nicht ihrem Verkehrswert entspricht, noch nicht. Über die Richtigkeit der von der Bewertungsgutachterin ihrer Wertermittlung zugrunde gelegten Bemessungsfaktoren besteht zwischen den Beteiligten gerade Streit und der Senat könnte ohne weitere aufwändige Beweisaufnahme nicht feststellen, ob der im Bewertungsgutachten angenommene Wert, der von dem Sachverständigen in seinem Ergänzungsgutachten vom 25.05.2021 angenommene anteilige Unternehmenswert von 77,29 € je Aktie oder aber ein von beiden Werten abweichender dritter Wert dem „richtigen" Verkehrswert der Antragsgegnerin entspricht. Zur Vermeidung von Wiederholungen wird insoweit auf die vorstehenden Ausführungen unter 2. b) cc) Bezug genommen.

bbb) Umstände dafür, dass der Börsenwert der Antragsgegnerin im maßgeblichen Referenzzeitraum nicht deren Verkehrswert entspricht, liegen nicht vor. Vielmehr ist – wie das Landgericht mit Recht angenommen hat – auch deren Börsenwert aussagekräftig.

aaaa) Zutreffend und von der Beschwerde unangegriffen hat das Landgericht festgestellt, dass in Übereinstimmung mit den Ausführungen der Bewertungsgutachterin Wirtschaftsprüfungsgesellschaft in deren gutachterlicher Stellungnahme vom 19.05.2010 (Anlage AG 2, S. 133 ff.) im maßgeblichen Referenzzeitraum bezüglich der Antragsgegnerin aufgrund festzustellender Handelsvolumen keine Marktenge vorlag; ebenso wenig liegen Anzeichen für eine Kursmanipulation vor. Auch waren keine auffälligen Kursanomalien zu verzeichnen. Es gab lediglich nach Bekanntgabe des vorläufigen Ergebnisses des 3. Quartals 2009 am 05.11.2009 einen sprunghaften Anstieg des Aktienkurses um rund 4,70 € auf rund 66,80 €. Anschließend setzte sich der Aufwärtstrend des 2. Halbjahres 2009 mit kleineren Schwankungen weiter fort, so dass die Aktie am 02.02.2010 schließlich einen Kurs von 85,50 € erreichte. Schließlich wurden auch keine Ad-hoc-Mitteilungspflichten verletzt und es lagen auch keine bindenden öffentlichen Kauf- oder Umtauschangebote vor. Soweit die Antragsgegnerin eine eingeschränkte Aussagekraft des Börsenkurses der Antragsgegnerin aus dessen angeblich hoher Volatilität in der Zeit seit der Verschmelzung, nämlich in den Jahren 2011 bis 2013, herleiten möchte, übersieht

sie, dass es vorliegend allein auf die Aussagekraft des Börsenkurses in dem dreimonatigen Zeitraum vor Bekanntgabe der Verschmelzungsabsicht am 03.02.2010 ankommt, für den die Bewertungsgutachterin indes gerade bestätigt, dass die Entwicklung des Kurses der Aktie der Antragsgegnerin ausschließlich auf die von ihr veröffentlichten Quartalsergebnisse und nicht auf Sondereffekte zurückzuführen ist.

bbbb) Auf eine Abweichung des Börsenkurses der Antragsgegnerin von ihrem Verkehrswert kann auch nicht deshalb geschlossen werden, weil – wie die Prozessbevollmächtigten der Antragsgegnerin mit Schriftsatz vom 24.01.2023 vorgetragen haben – der maßgebliche Referenzzeitraum vom 03.11.2009 bis 02.02.2010 in der Endphase der weltweiten Finanzmarktkrise, die im August 2007 begann, liegt. Ausweislich des Ergänzungsgutachtens des Sachverständigen [redacted] vom 25.05.2021 (S. 12 ff., 37) zeigten die maßgeblichen Aktienindizes TecDAX, DAX, MDAX, NASDAQ 100 und DAX (XETRA) infolge der Finanzkrise von Ende 2007 bis Anfang 2009 einen drastischen Kurseinbruch, erreichten jedoch ab März 2009 eine kontinuierliche Kurserholung. Der Umstand, dass der TecDAX vor Beginn der Finanzkrise am 08.08.2007 einen Stand von 922 Punkten und am 02.02.2010 einen solchen von 825 Punkten aufwies, was für den genannten Zeitraum eine Kursveränderung von - 10,5% bedeutet, mag zwar noch den Auswirkungen der Finanzkrise geschuldet sein. Von einer schlechten Verfassung der Kapitalmärkte, die auf eine Unterbewertung der Aktie der Antragsgegnerin im maßgeblichen Referenzzeitraum schließen ließe, kann aber allein aufgrund der noch nicht vollständigen Erholung der Aktienindizes nicht ausgegangen werden.

cccc) Soweit die Antragsgegnerin behauptet, ihr Börsenkurs hätte sich ohne den durch die Finanzkrise bedingten Kurseinbruch besser entwickeln können und ihre guten Unternehmenszahlen hätten sich krisenbedingt sowie aufgrund der Verunsicherung der Finanzanalysten bezüglich möglicher Margenverwässerungen infolge der Übernahme der IDS Scheer AG nicht vollumfänglich in ihrem Börsenkurs widergespiegelt, so dass von einer Unterbewertung der Antragsgegnerin durch den Kapitalmarkt auszugehen sei, werden mit diesem Vorbringen keine Umstände aufgezeigt, aus denen auf eine Abweichung des Börsenkurses der Antragsgegnerin

von ihrem Verkehrswert zu schließen wäre, sondern allenfalls solche Umstände, die auf dem Boden der Ertragswertmethode eine ihr günstigere Unternehmensbewertung rechtfertigen könnten. Die zum Beweis für diese Behauptung beantragte Einholung eines Sachverständigengutachtens kommt daher nicht in Betracht. Dass der Kurs der Aktie der Antragsgegnerin im Anschluss an den Referenzzeitraum weiter gestiegen ist, belegt ebenso wenig, dass der durchschnittliche Börsenkurs ihrer Aktie im maßgeblichen Referenzzeitraum nicht ihren damaligen Verkehrswert widerspiegelte.

f) Auf dem Boden der somit zugrunde zu legenden Werte der Aktie der IDS Scheer AG von 16,28 € und der Aktie der Antragsgegnerin von 74,67 € hat das Landgericht mit Recht für jede Aktie der IDS Scheer AG einen Ausgleich durch bare Zuzahlung in Höhe von 7,22 € festgesetzt. Unter Zugrundelegung der vorgenannten Werte errechnet sich – wie vom Landgericht zutreffend angenommen und insoweit auch von der Antragsgegnerin nicht beanstandet – ein 4,58facher Wert einer Aktie der Antragsgegnerin gegenüber einer Aktie der IDS Scheer AG, so dass das in dem Verschmelzungsvertrag vom 20.05.2010 aufgrund des Ertragswertverfahrens festgelegte Umtauschverhältnis von 4 Aktien der Antragsgegnerin für 33 Aktien der IDS Scheer AG, das einem 8,25fachen Wert einer Aktie der Antragsgegnerin gegenüber einer Aktie der IDS Scheer AG entspricht, unangemessen ist. Ebenfalls zutreffend und insoweit mit der Beschwerde nicht beanstandet hat das Landgericht hieraus einen angemessenen Ausgleich durch bare Zuzahlung in Höhe von 7,22 € ((33 x 16,28 €) – (4 x 74,67 €) : 33 = 7,22 €) je Aktie der IDS Scheer AG errechnet.

Die Zinsentscheidung folgt aus § 15 Abs. 2 Satz 1 UmwG.

II. Anschlussbeschwerde des Antragstellers zu 79 (erstinstanzlich 59)

Die gemäß § 17 Abs. 1 SpruchG i. V. mit § 66 Satz 1 FamFG zulässige Anschlussbeschwerde ist ebenfalls unbegründet. Das Landgericht hat den Antrag des Antragstellers zu 79 (erstinstanzlich 59) mit Recht mangels Antragsberechtigung als unzulässig erachtet.

1. Nach § 3 Satz 1 Nr. 3 SpruchG ist antragsberechtigt in den Fällen des § 1 Nr. 4 SpruchG jeder in den dort angeführten Vorschriften des Umwandlungsgesetzes bezeichnete Anteilsinhaber, im Falle eines Antrags auf bare Zuzahlung nach § 15 Abs. 1 UmwG also der Anteilsinhaber des übertragenden Rechtsträgers. Allerdings schränkt § 3 Satz 2 SpruchG die Antragsberechtigung in diesem Fall dahin ein, dass sie nur gegeben ist, wenn der Antragsteller zum Zeitpunkt der Antragstellung Anteilsinhaber ist. Da in den Fällen der Verschmelzung durch Aufnahme der übertragende Rechtsträger mit Eintragung der Verschmelzung in das Handelsregister und damit zum Zeitpunkt der Antragstellung erloschen ist (§ 20 Abs. 1 Nr. 2 Satz 1 UmwG), ist hiermit die Anteilsinhaberschaft am übernehmenden Rechtsträger gemeint. Aus der Zusammenschau dieser – auf den ersten Blick nur schwer verständlichen – Regelungen ergibt sich somit eindeutig, dass in den Fällen der Verschmelzung durch Aufnahme nur derjenige Anteilsinhaber des übertragenden Rechtsträgers antragsberechtigt ist, der auch im Zeitpunkt der Antragstellung noch Inhaber der im Zuge der Umwandlung erhaltenen Anteile an dem übernehmenden Rechtsträger ist (vgl. OLG München, Beschl. v. 26.07.2012 – 31 Wx 250/11, juris Rn. 9; Koch in: Hüffer/Koch, SpruchG, 16. Aufl., § 3 Rn. 6; Emmerich in: Emmerich/Habersack, Aktien- und GmbH-Konzernrecht, 9. Aufl., § 3 SpruchG Rn. 12; MüKoAktG/Kubis, 5. Aufl., § 3 SpruchG Rn. 15; BeckOGK/Drescher, SpruchG, § 3 Rn. 12; Mennicke in: Lutter, UmwG, 6. Aufl., § 3 SpruchG Rn. 6).

2. Diese Voraussetzungen waren nach den zutreffenden Feststellungen des Landgerichts bei dem Antragsteller zu 79 (erstinstanzlich 59) nicht gegeben, da er zwar zum Zeitpunkt der Verschmelzung Inhaber einer Aktie der IDS Scheer AG war (Bl. 922 d. A.), für die er am 23.12.2010 im Umtauschverhältnis 33:4 nur einen rechnerischen Anteil von 0,12121 einer Aktie der Antragsgegnerin erhalten hatte (Bl. 925 d. A.), er jedoch nicht von der Möglichkeit Gebrauch machte, dieses Aktienteilrecht auf eine ganze Aktie der Antragsgegnerin aufzurunden (Bl. 926 d. A.), sondern sein Aktienteilrecht mit Wertstellung zum 24.01.2011 zum Kurswert von 12,43 € verkaufte (Bl. 927 d. A.), so dass er zum Zeitpunkt der Antragstellung am 21.03.2011 nicht mehr Anteilsinhaber der Antragsgegnerin als übernehmender Rechtsträgerin war.

3. Das stellt der Antragsteller zu 79 (erstinstanzlich 59) mit seiner Anschlussbeschwerde auch nicht in Abrede. Vielmehr meint er, ihm könne es nicht aufgebürdet werden, sich durch einen Anteilszukauf seine Antragsberechtigung „erst zu verschaffen", so dass „aus eigentumsrechtlichen Erwägungen" sowie zur Gewährleistung effektiven Rechtsschutzes eine teleologische Reduktion des § 3 Satz 2 SpruchG dahin, dass für die Antragsberechtigung allein auf den Aktienbesitz im Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Umwandlung abzustellen sei, geboten sei. Dieser Auffassung, die – soweit ersichtlich – außer von dem Antragsteller zu 79 (erstinstanzlich 59) selbst von niemandem vertreten wird, vermag der Senat nicht beizutreten. Es entspricht angesichts des eindeutigen Wortlauts der gesetzlichen Regelung deren erkennbarem Sinn und Zweck, solche Anteilsinhaber des übertragenden Rechtsträgers von der Antragsberechtigung auszunehmen, die zum Zeitpunkt der Antragstellung nicht (mehr) Anteilsinhaber des übernehmenden Rechtsträgers sind. Es besteht auch kein Grund, den Antragsteller anders zu behandeln als solche ehemaligen Aktionäre der IDS Scheer AG, die ihre im Zuge der Verschmelzung erhaltenen Aktien der Antragsgegnerin vor der Antragstellung veräußert haben. Die von dem Antragsteller zu 79 (erstinstanzlich 59) angeführten eigentumsrechtlichen Erwägungen sowie das Gebot der Gewährleistung effektiven Rechtsschutzes rechtfertigen keine andere Beurteilung. Denn der Antragsteller zu 79 (erstinstanzlich 59) verkaufte sein Aktienanteilsrecht vor Antragstellung, so dass dieses auch nicht mehr dem Schutz des Art. 14 Abs. 1 GG unterlag, und seine rechtlichen Interessen sind dadurch geschützt, dass die rechtskräftige Festsetzung der baren Zuzahlung gemäß § 13 Satz 2 SpruchG auch zu seinen Gunsten wirkt.

III.

1. Eine mündliche Verhandlung war nicht veranlasst. Von ihrer Durchführung kann das Beschwerdegericht nach pflichtgemäßem Ermessen absehen, wenn – wie hier – bereits im ersten Rechtszug eine mündliche Verhandlung stattgefunden hat und von einer erneuten mündlichen Verhandlung keine zusätzlichen Erkenntnisse zu erwarten sind (§ 17 Abs. 1 SpruchG i. V. mit § 68 Abs. 3 Satz 2 FamFG). Letzteres ist hier der Fall, da der entscheidungserhebliche Sachverhalt keiner weiteren Aufklärung bedarf und die hier relevanten bewertungsrechtlichen Fragestellungen

unter Austausch der Argumente in den wechselseitigen Schriftsätzen umfassend erörtert worden sind (vgl. OLG Düsseldorf, Beschl. v. 15.12.2016 – I-26 W 25/12 (AktE), juris Rn. 101; OLG Bremen, Beschl. v. 29.03.2019 – 2 W 68/18, BeckRS 2019, 58054 Rn. 26).

2. Der Anregung der Antragsgegnerin in dem Schriftsatz ihrer Prozessbevollmächtigten vom 11.10.2022 (Bl. 2670 ff. d. A.), die Verschmelzungsprüferin zu beauftragen, die Ausführungen des Sachverständigen in dessen Ergänzungsgutachten vom 25.05.2021 zur Angemessenheit der Ergebnismargen der Antragsgegnerin (S. 45 ff. des Ergänzungsgutachtens) unter Berücksichtigung der von der Antragsgegnerin in dem Schriftsatz ihrer Prozessbevollmächtigten vom 8. Oktober 2021 (Bl. 2524 ff. d. A.) sowie in der gutachterlichen Stellungnahme des vom 7.10.2021 (Bl. 2552 ff. d. A.) hiergegen vorgebrachten Einwendungen zu prüfen und hierzu schriftlich Stellung zu nehmen, war ebenso wie der hilfsweisen Anregung, einen Obergutachter hiermit zu betrauen, nicht zu entsprechen. Beides ist zur Sachverhaltsaufklärung nicht erforderlich, da es – wie vorstehend unter I. 2. ausgeführt – für die Überprüfung der Angemessenheit des Umtauschverhältnisses der Aktien allein auf die Börsenkursrelation und damit nicht auf die Richtigkeit der Ausführungen des Sachverständigen zur Bemessung des Unternehmenswerts der Antragsgegnerin anhand der Ertragswertmethode ankommt.

3. Auch die von der Antragsgegnerin mit Schriftsatz ihrer Prozessbevollmächtigten vom 11.10.2022 für den Fall, dass der Senat keiner der beiden vorgenannten Anregungen entsprechen sollte, „spätestens nach Vorlage einer schriftlichen Stellungnahme des Sachverständigen zum Schriftsatz der Antragsgegnerin vom 8. Oktober 2021, einschließlich des Gegengutachtens von beantragte Ladung des Sachverständigen zur mündlichen Verhandlung zwecks Erläuterung seiner Gutachten kommt nicht in Betracht.

a) Zwar umfasst der Anspruch der Verfahrensbeteiligten auf Gewährung rechtlichen Gehörs (Art. 103 Abs. 1 GG) auch die Anhörung gerichtlicher Sachverständiger (vgl. BVerfG NJW 1998, 2273; FPR 2001, 392, 393). Es besteht daher – auch im Verfahren der freiwilligen Gerichtsbarkeit – grundsätzlich die Pflicht des Gerichts,

47

dem Antrag eines Verfahrensbeteiligten auf mündliche Befragung gerichtlicher Sachverständiger nachzukommen, wenn er nicht verspätet oder rechtsmissbräuchlich gestellt wurde (vgl. BVerfG NJW 1998, 2273, 2274; FPR 2001, 392, 393; OLG München, Beschl. v. 22.10.2014 – 31 Wx 239/13, BeckRS 2014, 20882 Rn. 26; Keidel/Sternal, FamFG, 20. Aufl., § 30 Rn. 95). Denn den Verfahrensbeteiligten steht ein sich aus §§ 397, 402 ZPO i. V. mit § 30 FamFG, § 17 Abs. 1 SpruchG ergebendes Fragerecht zu, das unabhängig davon besteht, ob das Gericht das schriftliche Gutachten für ausreichend und überzeugend hält und deshalb keinen Anlass sieht, die mündliche Erläuterung des schriftlichen Gutachtens nach § 411 Abs. 3 Satz 1 ZPO anzuordnen (vgl. BVerfG NJW 1998, 2273; BGH, Beschl. v. 08.11.2005 – VI ZR 121/05, juris Rn. 3; Beschl. v. 07.12.2010 – VIII ZR 96/10, juris Rn. 9; Beschl. v. 20.11.2019 – VII ZR 204/17, juris Rn. 17; Keidel/Sternal, a. a. O.). Sie brauchen deshalb nur anzugeben, in welcher Richtung sie durch ihre Fragen, die nicht präzise ausformuliert sein müssen, eine weitere Aufklärung herbeizuführen wünschen (vgl. BGH, Beschl. v. 08.11.2005 – VI ZR 121/05, juris Rn. 3; Beschl. v. 07.12.2010 – VIII ZR 96/10, juris Rn. 10; Musielak/Voit/Huber, ZPO, 19. Aufl., § 411 Rn. 7).

Es ist aber verfassungsrechtlich nicht unter allen Umständen geboten, einem Antrag auf mündliche Erläuterung eines Sachverständigengutachtens nachzukommen und Sachverständige mündlich anzuhören (vgl. BVerfG NJW 1998, 2273, 2274; FPR 2001, 392, 393; OLG München, a. a. O.). Denn in Verfahren der freiwilligen Gerichtsbarkeit, in denen das Amtsermittlungsprinzip gilt (§ 26 FamFG), ist auch der allgemeine Grundsatz zu berücksichtigen, dass das Fachgericht selbst über den Umfang der Ermittlungen bestimmt, ohne hierbei an etwaige Anträge der Verfahrensbeteiligten gebunden zu sein (vgl. BVerfG FPR 2001, 392, 393; OLG München, a. a. O.). Zudem gebietet der Anspruch der Verfahrensbeteiligten auf Gewährung rechtlichen Gehörs die Ladung eines gerichtlich beauftragten Sachverständigen zwecks mündlicher Erläuterung seines Gutachtens dann nicht, wenn das Sachverständigengutachten für den Ausgang des Verfahrens letztlich ohne Bedeutung ist und daher das Recht der Verfahrensbeteiligten, Einwendungen gegen das Gutachten vorzubringen und den Sachverständigen mit ihnen zu konfrontieren, eine mündliche Erläuterung des Gutachtens durch den Sachverständigen nicht verlangt (vgl. BVerfG FPR 2001, 392, 393).

48

b) Nach diesen Maßstäben kommt die von der Antragsgegnerin beantragte mündliche Erläuterung der Gutachten des Sachverständigen nicht in Betracht.

aa) Ausweislich des Vorbringens der Prozessbevollmächtigten der Antragsgegnerin in deren Schriftsatz vom 11.10.2022 sowie in dem hierin in Bezug genommenen Schriftsatz vom 08.10.2021, in welchem diese im Übrigen wegen nach ihrer Auffassung bestehender schwerer Mängel der Gutachten des Sachverständigen dessen Anhörung ausdrücklich als entbehrlich erachtet haben (S. 15 des Schriftsatzes vom 08.10.2021, Bl. 2538 d. A.), wünscht die Antragsgegnerin eine weitere Aufklärung durch eine mündliche Anhörung des Sachverständigen zwecks Erläuterung seiner Gutachten lediglich insoweit, als es um dessen von ihr für fehlerhaft gehaltenen Ausführungen in seinen beiden Gutachten zu der von ihm angenommenen Korrekturbedürftigkeit der von der Bewertungsgutachterin
ermittelten Unternehmenswerte der IDS Scheer AG und der Antragsgegnerin nach der Ertragswertmethode geht. Die Gutachten des Sachverständigen
sind indes, soweit sie sich mit der Frage der zutreffenden Bewertung der beiden Unternehmen nach der Ertragswertmethode befassen, für die Entscheidung des Senats ohne Bedeutung, weil – wie vorstehend unter I. 2. ausgeführt – für die Bemessung des Umtauschverhältnisses der Aktien der IDS Scheer AG in solche der Antragsgegnerin allein die Börsenkurse beider Unternehmen zugrunde zu legen sind.

bb) Soweit es die Ausführungen des Sachverständigen in seinen beiden Gutachten zur Frage der Aussagekraft des Börsenkurses der beiden Unternehmen, insbesondere der IDS Scheer AG, im maßgeblichen Referenzzeitraum anbelangt, wünscht die Antragsgegnerin eine weitere Aufklärung durch Fragen an den Sachverständigen erkennbar nicht. Vielmehr pflichtet sie den Ausführungen des Sachverständigen insoweit in dessen Ausgangsgutachten vom 16.08.2017 ausweislich des Schriftsatzes ihrer Prozessbevollmächtigten vom 08.12.2017 (Bl. 2159 ff. d. A.) ausdrücklich bei und erhebt auch in der Stellungnahme ihrer Prozessbevollmächtigten vom 08.10.2021 zum Ergänzungsgutachten des Sachverständigen vom 25.05.2021, soweit dieser sich

darin mit den Einwendungen der Antragsteller und des gemeinsamen Vertreters gegen die Annahme in seinem Ausgangsgutachten vom 16.08.2017, der Börsenkurs der Aktie der IDS Scheer AG im maßgeblichen Referenzzeitraum sei wenig aussagekräftig, auseinandersetzt, keine Einwendungen. Dass der Senat abweichend von dem Sachverständigen den Börsenkurs der IDS Scheer AG im maßgeblichen Referenzzeitraum für aussagekräftig hält, gebietet eine mündliche Erläuterung seiner Gutachten zur Gewährleistung des Rechts der Antragsgegnerin, dem Sachverständigen Fragen zu stellen, ebenfalls nicht, da dies ausschließlich auf einer nicht dem Sachverständigen, sondern allein dem Gericht zustehenden rechtlichen Bewertung beruht (vgl. hierzu vorstehend unter I. 2. d) bb) bbb) bbbb)).

IV.

Die Kostenentscheidung beruht auf § 15 Abs. 2 Satz 1, Abs. 4 SpruchG in der bis zum 31.07.2013 geltenden Fassung (§ 136 Abs. 1 Nr. 2, Abs. 5 Satz 1 Nr. 2 GNotKG). Die Festsetzung des Geschäftswerts folgt aus § 15 Abs. 1 Satz 2 SpruchG in der bis zum 31.07.2013 geltenden Fassung (§ 136 Abs. 1 Nr. 2, Abs. 5 Satz 1 Nr. 2, Satz 2 GNotKG). Der Gesamtbetrag der baren Zuzahlung, der von allen Antragsberechtigten nach der Entscheidung des Gerichts insgesamt gefordert werden kann, beläuft sich auf dem Boden des Vortrags der Antragsgegnerin im Schriftsatz ihrer Prozessbevollmächtigten vom 18.04.2013, wonach insgesamt 1.052.211 Aktien der IDS Scheer AG in solche der Antragsgegnerin umgetauscht wurden, auf 7.596.963,42 € (1.052.211 x 7,22 €), so dass der Geschäftswert für das Beschwerdeverfahren in Übereinstimmung mit der für die erste Instanz durch Beschluss des Landgerichts Saarbrücken vom 14.05.2013 (Bl. 1246 ff. d. A.) erfolgten Wertfestsetzung auf den gesetzlichen Höchstbetrag von 7,5 Mio. € festzusetzen ist.

V.

50

Die Rechtsbeschwerde ist nicht gemäß § 17 Abs. 1 SpruchG i. V. mit § 70 Abs. 2 Satz 1 FamFG zuzulassen, da die hierfür erforderlichen Voraussetzungen nicht vorliegen. Der vorliegende Fall wirft weder Rechtsfragen von grundsätzlicher Bedeutung auf noch erfordert die Fortbildung des Rechts eine Entscheidung des Rechtsbeschwerdegerichts.

1. Die von der Antragsgegnerin angeführte Frage nach der bei einer Verschmelzung börsennotierter konzernverbundener Aktiengesellschaften geeigneten Bewertungsmethode ist keine Rechtsfrage, sondern Teil der Tatsachenfeststellung und beurteilt sich nach der wirtschaftswissenschaftlichen oder betriebswirtschaftlichen Bewertungstheorie und –praxis (vgl. BGHZ 207, 114 ff. – juris Rn. 12; BGHZ 208, 265 ff. – juris Rn. 14). Dagegen ist es eine Rechtsfrage, ob eine vom Tatrichter gewählte Bewertungsmethode oder ein innerhalb der Bewertungsmethode gewähltes Berechnungsverfahren den gesetzlichen Bewertungszielen widerspricht (vgl. BGHZ 207, 114 ff. – juris Rn. 12; BGHZ 208, 265 ff. – juris Rn. 14). Die hierbei zugrunde zu legenden Maßstäbe sind indes – wie sich aus den vorstehend unter I. 2. in Bezug genommenen Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts, des Bundesgerichtshofs und mehrerer Oberlandesgerichte ergibt – sowohl hinsichtlich ihrer verfassungsrechtlichen als auch bezüglich der einfachrechtlichen Anforderungen geklärt. Danach gibt es – auch in Verschmelzungsfällen – nicht die eine richtige Methode zur Ermittlung des Werts eines Unternehmens. Vielmehr hängt die Wahl der geeigneten und vertretbaren Schätzmethode von den Umständen des jeweiligen Einzelfalls ab. Das gilt auch, wenn der Börsenkurs der übertragenden Gesellschaft im maßgeblichen Referenzzeitraum – wie hier – unter ihrem anteiligen Ertragswert liegt.

2. Die Rechtsbeschwerde ist auch nicht zur Sicherung einer einheitlichen Rechtsprechung zuzulassen. Insbesondere liegt keine entscheidungserhebliche Divergenz von der von der Antragsgegnerin angeführten Entscheidung des Oberlandesgerichts Stuttgart vom 06.07.2007 (AG 2007, 705 ff.) vor. Bereits die Oberlandesgerichte Frankfurt und München haben in ihren von der Antragsgegnerin in Bezug genommenen Entscheidungen die nach Auffassung der Antragsgegnerin in diesen Entscheidungen zutage getretene Divergenz von der vorgenannten Entscheidung des Oberlandesgerichts Stuttgart mit zutreffender Begründung

51

verneint (vgl. OLG Frankfurt, Beschl. v. 03.09.2010 – 5 W 57/09, juris Rn. 190; OLG München, Beschl. v. 26.07.2012 – 31 Wx 250/11, juris Rn. 45). Das Oberlandesgericht Frankfurt (a. a. O.) hat hierzu ausgeführt: „Insoweit ist zwar zu konstatieren, dass das Oberlandesgericht Stuttgart in dem erwähnten Beschluss ausgesprochen hat, allein die Ertragswerte seien für die Ermittlung des Umtauschverhältnisses bei dem zu beurteilenden Verschmelzungsvertrag heranzuziehen, die Börsenwerte seien hingegen im konkreten Fall ohne Bedeutung. In Rede stand aber nicht die (generell) richtige Bewertungsmethode, sondern die Frage nach einer durch den Börsenkurs determinierten Mindestrelation. Um eine Mindestrelation geht es vorliegend jedoch nicht, sondern allein um die Schätzung der Unternehmenswerte anhand deren Börsenwerte. Ob eine solche Schätzung möglich ist, ist eine Frage des Einzelfalles, die in der erwähnten Entscheidung vom Oberlandesgericht Stuttgart nicht grundsätzlich verneint, sondern nur für den dort zu entscheidenden Fall mit Blick auf einen nach Ansicht des Gerichts zur Unterbewertung führenden Konglomeratsabschlag abgelehnt wurde (vgl. OLG Stuttgart, AG 2007, 705, 707 f.)." Diesen zutreffenden Ausführungen schließt sich der Senat an. Aus denselben Gründen liegt auch keine Divergenz zu dem von der Antragsgegnerin in Bezug genommenen Beschluss des Oberlandesgerichts Düsseldorf vom 25.03.2009 (Az.: 26 W 5/08, juris) vor.

3. Auch wegen der mit der Anschlussbeschwerde aufgeworfenen Rechtsfrage einer teleologischen Reduktion des § 3 Satz 2 SpruchG ist die Rechtsbeschwerde nicht zuzulassen, da diese Frage nicht klärungsbedürftig ist; sie ist eindeutig zu verneinen und sie wird – soweit ersichtlich – in Rechtsprechung und Literatur auch nicht unterschiedlich beantwortet.